



## Vorwort

**Jochen Hollmann,**

*Leiter der Abteilung Verfassungsschutz im  
Ministerium für Inneres und Sport Sachsen-Anhalt*



Am 20. November 2013 hat die Abteilung Verfassungsschutz des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt eine weitere Fachtagung an der Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt in Aschersleben durchgeführt.

Die Fachtagung richtete sich an interessierte Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter des Landes und der Kommunen, an Vertreter aus Politik und Zivilgesellschaft, von Polizei, Staatsanwaltschaften, Justiz und Strafvollzugsbehörden, deren Tätigkeit Berührungspunkte zum Rechtsextremismus aufweist

Unter dem Titel „Neue Erscheinungs- und Aktionsformen im Rechtsextremismus“ gaben vor ca. 230 Zuhörern Referenten aus Wissenschaft und Praxis der interessierten Fachöffentlichkeit Einblicke und Informationen zu aktuellen Strategien und Aktionsformen von Rechtsextremisten – insbesondere auch im Bereich der neuen Medien.

Die Tagungsteilnehmer wurden vom Rektor der Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt, Herrn Frank Knöppler, begrüßt. Die Tages-Moderation der Veranstaltung hatte der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Herr Maik Reichel, übernommen.

Die Veranstaltung eröffnete Herr Minister Holger Stahlknecht, der in seiner Ansprache einmal mehr deutlich machte, dass Rechtsextremismus eine Herausforderung für Politik und Gesellschaft sei, der man sich stellen müsse. Die Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Handlungsweisen und Denkmustern könne **kein kurzfristiger Prozess** sein – zweifellos bleibe diese eine Daueraufgabe. Hier seien Staat und Gesellschaft gleichermaßen gefordert.

Zum Tagungsinhalt:

Rechtsextremismus äußert sich nicht nur in scheinbaren internen Milieus. Rechtsextremisten verbreiten ihre Ideologie auch im „zivilen Umfeld“, sie haben ihr politisches Auftreten organisatorisch und strategisch professionalisiert – sie haben sich modernisiert. In Zukunft werden sich die Aktionsformen jugendadäquater gestalten. Ihre antidemokratischen Ziele wollen Rechtsextremisten auch durch die Nutzung neuer Medien erreichen. Motor dieses modernen Rechtsextremismus ist immer noch die NPD. Die Ergebnisse der NPD bei Landtags- und Kommunalwahlen machen deutlich, wie dringend eine Auseinandersetzung mit der menschenverachtenden neonationalistischen Ideenwelt ist.

Herr Prof. Dr. Eckhard Jesse von der Philosophischen Fakultät der TU Chemnitz und Herr Dr. Marc Brandstetter, Redaktionsleiter – Endstation Rechts – beleuchteten mit ihren Fachvorträgen die Entwicklung der NPD aus wissenschaftlicher Perspektive.

Herr Wolfgang Freter, Referatsleiter in der Abteilung Verfassungsschutz im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport sowie Herr Dr. Hilmar Steffen, Referatsleiter Auswertung und Beschaffung Rechtsextremismus/-terrorismus aus dem Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt, gaben Einblicke in die aktuelle Lage des Rechtsextremismus und die Situation in Sachsen-Anhalt.

Frau Christiane Schneider, stellvertretende Leiterin des Bereichs Rechtsextremismus bei Jugendschutz.net., der länderübergreifenden Stelle für Jugendschutz im Internet, rundete die Tagung mit eindrucksvollem Anschauungsmaterial über aktuelle Trends rechtsextremer Internetnutzung und Gegenstrategien ab.

In der abschließenden regen Podiumsdiskussion konnte in übergreifender fachlicher Diskussion als Fazit festgestellt werden, dass Rechtsextremismus leider auch weiterhin Verbreitung und Zuspruch bei einem Teil der Gesellschaft findet. Dies ist letztendlich der Nährboden für rechtsextremistische und rechtsterroristische Gruppierungen, die auch vor Gewalt und bis hin zum Mord nicht zurückschrecken. Diesen menschenfeindlichen Impulsen gegen Freiheit und Demokratie gilt es geschlossen und entschlossen entgegenzuwirken.

Mit dieser Tagungsbroschüre werden nachfolgend die Ausführungen der Referenten dokumentiert. Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass die Beiträge der Referenten die Auffassungen der jeweiligen Verfasser zum Ausdruck bringen.

In diesem Sinne wünsche ich allen interessierten Lesern dieser Tagungsbroschüre eine ertragreiche aber auch zum Nachdenken anregende Lektüre und hoffe, dass sie den Impuls vermittelt, Flagge zu zeigen gegen rechtsextremistische Taten, gegen rechtsextremistische Propaganda und gegen rechtsextremistische Parteien.

Allen Mitwirkenden danke ich für Ihre Bereitschaft bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Fachtagung.

Magdeburg , im April 2014

## Inhalt

### Begrüßung

Frank Knöppler, <i>Rektor der Fachhochschule Polizei</i> .....	4
---	---

### Grußwort

Holger Stahlknecht, <i>Minister für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt</i> .....	6
--	---

### Tagesmoderation

Maik Reichel, <i>Direktor der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt</i> .....	9
--	---

### „Die NPD – Geschichte und Gegenwart, aber Zukunft?“

Prof. Dr. Eckhard Jesse, <i>Technische Universität Chemnitz, Philosophische Fakultät (Professur für Politische Systeme, politische Institutionen)</i> .....	12
--	----

### „Zerstritten, pleite, geächtet. Die NPD unter Holger Apfel“

Dr. Marc Brandstetter, <i>Redaktionsleiter Endstation Rechts</i> .....	20
---	----

### „Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt“

Dr. Hilmar Steffen, <i>Referatsleiter Auswertung und Beschaffung Rechtsextremismus/-terrorismus im Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt</i> .....	31
---	----

### „Rechtsextremismus im Wandel“

Wolfgang Freter, <i>Referatsleiter im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, Abt. Verfassungsschutz</i> .....	42
--	----

### Rechtsextremismus online – Jugendliche im Visier der Szene

Christiane Schneider, <i>stellvertretende Leiterin des Bereichs Rechtsextremismus bei jugendschutz.net, der länderübergreifenden Stelle für Jugendschutz im Internet</i> .....	49
---	----

Impressionen .....	54
--------------------	----

## Begrüßung

**Frank Knöppler,**

*Rektor der Fachhochschule Polizei*

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Vorsitzender des Innenausschusses Dr. Brachmann, sehr geehrter Herr Minister Stahlknecht, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich darf Sie heute anlässlich der Fachtagung recht herzlich an der Fachhochschule Polizei in Aschersleben begrüßen.

Unter Federführung der Abteilung 4 – Verfassungsschutz – des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt wurde mit Unterstützung durch die Fachhochschule Polizei die heutige Veranstaltung organisiert.

Bereits vor zwei Jahren fand eine derartige Veranstaltung unter dem Dach der Fachhochschule statt. Damals stand das Thema Extremismus- und Terrorismusbekämpfung auf der Agenda.

Wenn die heutige Veranstaltung unter der Überschrift

„Neue Erscheinungs- und Aktionsformen im Rechtsextremismus“ steht, dann ist es ein Beleg dafür, dass es nach wie vor von größter gesell-



schaftlicher und sicherheitspolitischer Bedeutung ist, dass alle Partner bei der weiteren Sicherung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene fest zusammenstehen müssen, um der Verbreitung von nationalsozialistischem Gedankengut, sowie darauf beruhenden Aktionen und Veranstaltungen mit den Mitteln der Demokratie entgegen zu treten.

Ich erkenne deshalb nicht zuletzt die Bedeutung dieser Veranstaltung auch darin, dass Sie es sich nicht haben nehmen lassen, sehr geehrter Herr Minister, selbst die Schirmherrschaft hierfür zu übernehmen und ein Grußwort an die Tagungsteilnehmer zu richten; nochmals herzlich willkommen.

Ganz herzlich begrüße ich den Leiter der Abteilung 4 im Ministerium für Inneres und Sport, Herrn Ministerialdirigenten Jochen Hollmann, unter dessen Regie die heutige Tagung inhaltlich vorbereitet wurde.

Ich begrüße weiterhin die Vertreterinnen und Vertreter der Fachreferate der Abteilung 2 im Ministerium für Inneres und Sport sowie die anwesenden Leiter der Behörden und Einrichtungen der Polizei

des Landes Sachsen-Anhalt und ihre hier anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wie Eingangs erwähnt und für alle ersichtlich handelt es sich heute um eine gemeinsame Veranstaltung mit den Partnern aus der Justiz, der kommunalen Verwaltung, des Kulturbereichs und weiterer Organisationen und Institutionen, die ich hier alle an unserer Einrichtung herzlichst willkommen heiße. Stellvertretend begrüße ich Herrn Reichel, den Direktor der Landeszentrale für politische Bildung. Herr Reichel, wir werden ja heute noch gesondert Gelegenheit finden, uns über die bisherigen und zukünftigen Schwerpunkte unserer gemeinsamen Zusammenarbeit zu unterhalten.

Und, last but not least, freue ich mich auf die Ausführungen unserer heutigen Referenten, die ich hier ebenfalls mit Freude willkommen heiße.

Abschließend, bevor ich das Wort weiter gebe, möchte ich darauf hinweisen, dass die Thematik weiterhin im Fokus unserer Anstrengungen bleiben wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

betrachten wir die heutige Tagung deshalb als eine Art Auftakt für weitere spezifische Fachtagungen, in denen wir uns in naher Zukunft konkreter mit Maßnahmen zur Verhinderung von Veranstaltungen mit rechtsextremistischen Inhalten befassen wollen.

Ebenso wichtig ist die tägliche und vor allem routinierte Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden und -einrichtungen.

Dazu gehört auch, das Austauschen sicherheitsrelevanter Informationen, die Zusammenarbeit in bestimmten Fragen des operativen Vorgehens und vor allem bei der Prävention und Aufklärungsarbeit.

Um mit den Worten Willy Brandts zu schließen:

„So, wie die Freiheit eine Voraussetzung für die Demokratie ist, so schafft mehr Demokratie erst den Raum, in dem Freiheit praktiziert werden kann.“

Ich wünsche der Veranstaltung einen hervorragenden Verlauf und übergebe das Wort an Herrn Minister.

## Grußwort

**Holger Stahlknecht,**

*Minister für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt*

*Es gilt das gesprochene Wort!*



Sehr geehrte Herren Abgeordnete,  
sehr geehrter Herr Vorsitzender des Innenausschusses Dr. Brachmann,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Ich bin sehr erfreut, dass Sie meiner Einladung zur heutigen Fachtagung zum Thema: „Neue Erscheinungs- und Aktionsformen im Rechtsextremismus“ so zahlreich gefolgt sind und darf sie recht herzlich an der Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt hier in Aschersleben begrüßen.

Ich freue mich, Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter des Landes und der Kommunen, politische Entscheidungsträger und zivilgesellschaftliche Akteure, ebenso willkommen heißen zu können, wie eine Reihe fachkompetenter Gäste aus Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer.

Ich begrüße insbesondere den Präsidenten der Verfassungsschutzbehörde des Freistaates Sachsen, Herrn Meyer-Plath, sowie die Kolleginnen und Kollegen der Länder Brandenburg, Bremen, Hamburg, Thüringen und Schleswig-Holstein ganz herzlich.

Kernanliegen dieser Fachtagung ist es, der interessierten Fachöffentlichkeit die aktuellen Strategien und Aktionsformen von Rechtsextremisten – auch im Bereich der neuen Medien – aufzuzeigen und hierfür zu sensibilisieren.

Dazu begrüße ich ganz herzlich als Referenten aus der Praxis Frau Christiane Schneider, stellvertretende Leiterin des Bereichs Rechtsextremismus bei Jugendschutz.net, Herrn Wolfgang Freter, Referatsleiter im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, Abt. Verfassungsschutz sowie Herrn Dr. Hilmar Steffen, Referatsleiter Auswertung und Beschaffung Rechtsextremismus/-terrorismus, aus meinem Hause, die zu dieser Thematik ausführen werden.

Der „Kampf gegen den politischen Gegner“ findet seit langem nicht nur „auf der Straße“ statt, Rechtsextremisten haben ihre Taktik geändert. Sie haben Ihr politisches Auftreten organisatorisch und strategisch professionalisiert – sie haben sich modernisiert. Motor und Zentrum dieses modernen Rechtsextremismus ist immer noch die NPD.

Zu diesem Themenkomplex möchte ich die Herren Prof. Dr. Eckhard Jesse von der TU Chemnitz und Dr. Marc Brandstetter, Redaktionsleiter Endstation Rechts, herzlich begrüßen, die uns aus wissenschaftlicher Perspektive diese Dinge nahe bringen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Rechtsextremismus in all seinen Facetten und die von ihm ausgehende Intoleranz haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Dies müssen wir immer wieder gemeinsam deutlich machen und unsere demokratische Überzeugung fortwährend gegen Unmenschlichkeit, Rassismus und Ausgrenzung verteidigen. Das tun wir auch, indem wir unsere Werte aktiv dagegenstellen.

Rechtsextremisten agieren in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen.

Einerseits erschüttern uns immer wieder Beispiele aus dem Bereich der politisch motivierten Kriminalität. Neben den zahlreichen so genannten Propagandadelikten verüben Rechtsextremisten brutale Gewaltdelikte. Die Opfer – in der Mehrzahl Ausländer und der politische Gegner – werden mitunter erheblich an Leib und Leben geschädigt. Die Statistiken im Bereich der politisch motivierten Kriminalität befinden sich seit Jahren auf einem sehr hohen Niveau.

Andererseits begegnet uns der Rechtsextremismus im parlamentarischen Raum. Die Ergebnisse der NPD bei Landtags- und Kommunalwahlen machen deutlich, wie dringend eine Auseinandersetzung mit der menschenverachtenden neonationalsozialistischen Ideenwelt ist.

Die aktuellen Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden, der zahlreichen Initiativen der Bürgergesellschaft und auch der Wissenschaft zeichnen ein Bild über den qualitativen und quantitativen Zustand des Rechtsextremismus hierzulande, das ein konsequentes Handeln aller Akteure der präventiven und repressiven Ebene erfordert.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus als ideologische Kernelemente des Rechtsextremismus in Deutschland müssen sich der demokratische Verfassungsstaat und die demokratische Zivilgesellschaft in allen politischen Ebenen stellen.

Die Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Handlungsweisen und Denkmustern kann kein kurzfristiger Prozess sein – zweifellos bleibt dies eine Daueraufgabe. Hier sind Staat und Gesellschaft gleichermaßen gefordert.

Darum unterstützt das Land Sachsen-Anhalt mit dem Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt Vereine und Verbände dabei, die innere Demokratie zu stärken, die Mitglieder für einen kritischen Umgang mit Rassismus und Rechtsextremismus im Vereinsleben zu qualifizieren und Strukturen zu entwickeln. Partner sind beispielsweise die Landesverbände des Landessportbundes, des Fußballverbandes, der Arbeiterwohlfahrt, des Landfrauenverbandes und der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft sowie die Katholische Erwachsenenbildung Sachsen-Anhalt und die Diakonie Mitteldeutschland.

Beispielhaft möchte ich aus meinem Ressortbereich das Projekt „Menschlichkeit und Toleranz im Sport“ (MuT) des LandesSportBundes Sachsen-Anhalt e. V. nennen, das zum 01.02.2011 startete und sich zum Ziel gesetzt hat, die demokratischen Strukturen des Sports zu stärken und rechtsextremistischen Tendenzen entgegenzuwirken.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Es reicht eben nicht aus, dass die Polizei über die neuen Erscheinungs- und Aktionsformen im Rechtsextremismus geschult wird. Wir alle sollten unser Wissen erweitern und aktualisieren, um unserer Verantwortung gerecht werden zu können. Dies gilt nach meiner Meinung auch und gerade für diejenigen, die sich in Vereinen oder Institutionen um Kinder und Jugendliche kümmern, damit sie in die Lage versetzt werden, solche Tendenzen zu erkennen und zu reagieren.

Um die eigenen propagandistischen Aktivitäten umzusetzen, erkennen Rechtsextremisten zunehmender, wie sie ihre antidemokratischen Ziele erreichen können – durch die Nutzung neuer Medien. Es gibt kaum Bereiche, die nicht auch von ihnen genutzt werden. Im heutigen Medienzeitalter haben fast alle Rechtsextremisten ihren Platz in der multimedialen Welt eingenommen. In Zukunft werden sich auch die Aktionsformen der rechtsextremistischen Szene jugendadäquater gestalten. Über das Internet schnell organisierte Verabredungen zu Spontanaktionen werden verstärkt das Bild des Rechtsextremismus zeichnen. Flexible – mitunter aber auch kurzlebige – Erscheinungsformen, die sowohl in der rea-

len als auch in der virtuellen Welt verankert sind, werden den Rechtsextremismus in den nächsten Jahren charakterisieren.

Deshalb halte ich unsere heutige Fachtagung im Hinblick auf die aktuelle Information und den umfassenden Erfahrungsaustausch mit den in der Praxis unmittelbar befassten Experten für sehr wichtig. Ich hoffe, dass sie uns interessante und praxisnahe Einblicke sowie neue Denkanstöße gewähren werden.

In diesem Sinne, meine Damen, meine Herren, hoffe ich, dass diese Fachtagung die weitere Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus im Land befördert und Sie das Gehörte in ihre tägliche Arbeit einfließen lassen können und weiterhin engagiert die Probleme gegen den Rechtsextremismus angehen zu können.

Denn: „Rechtsextremismus ist eine Herausforderung für Politik und Gesellschaft, der wir uns stellen müssen“.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!!!

## Tagesmoderation

**Maik Reichel,**

*Direktor der Landeszentrale für politische Bildung  
des Landes Sachsen-Anhalt*

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich begrüße Sie herzlich im Namen der Landeszentrale für politische Bildung zur Tagung „Neue Aktions- und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus“. Die Auseinandersetzung mit diesem Themenfeld ist für uns alle eine Herausforderung, denn die „Erscheinungsformen“ des Rechtsextremismus haben sich seit der Wende in einem Ausmaß verändert, das uns mit einem deutlich erneuerten Bild konfrontiert. Und damit meine ich nicht nur die Frage der berühmten Symbole und Codes der Szene, über die auch wir ja in Publikationen und Fortbildungen aufklären, um das Erkennen dieses Phänomens zu erleichtern. Nein, es geht erst einmal um einen programmatischen Modernisierungsprozess, der die Szene für Themen des Bürgers geöffnet hat. Nicht die Kriegsschuldfrage, die beispielsweise den westdeutschen Rechtsextremismus der Vorwendezeit maßgeblich beschäftigt hat, steht heute noch im Mittelpunkt, sondern Themen wie Abwanderung, Familienperspektiven, oder Arbeitsplätze, Themen also, die viele Bürgerinnen und Bürger bewegen, und bei denen sie heute Angebote rechtsextremer Parteien und Gruppen finden. Es geht um kulturelle Prägungen, die sich im Laufe der Jahre mehr und mehr vom Erscheinungsbild der ewig



Gestrigen wegentwickelt haben, Teil des Modernisierungsprozesses war auch eine Öffnung insbesondere jugendkultureller Festlegungen. War in den 1980ern und frühen 1990ern das Bild des Skinheads, die Kombination aus Bomberjacke, Springerstiefel und Gewalt typischer Ausdruck rechtsextremer Jugendkultur, finden wir heute in dieser Szene fast alle jugendkulturellen Formen, unter dem Oberbegriff Rechtsrock finden wir alle Musikstile vom romantischen Liedermacher über alle möglichen Rock- und Popformen bis hin zu Hiphop. In der Kleidung finden wir Street- und Outdoormode, wie sie auch andere Kleidungsmarken produzieren, garniert mit den neuen Codes des Rechtsextremismus, die für viele demokratische Akteure schwer zu erkennen sind. Auch vor modernen Medien macht dieses Spektrum nicht halt, früher als so manche demokratische Organisation hat dieses Spektrum Internet und soziale Medien entdeckt, sowohl für seine Propaganda als auch für die Organisation und Vermarktung quasi-virtueller Aktionsformen wie etwa die der sogenannten Unsterblichen. Und wir sind mit veränderten Organisationsformen konfrontiert. Die NPD hat es seit Mitte der 90er Jahre geschafft, sich mit diesem Veränderungsprozess in zwei Länderparlamente und zahlreiche Kommunalparlamente wählen zu lassen. Wir alle wissen, dass sich diese

Partei oft selbst im Weg steht mit ihrem chaotischen Finanz- und Personal-Management, ihren Irrationalitäten und ihren zahlreichen Widersprüchen zwischen moderner Strategie und ihren oft unbeholfen und erfolglos handelnden Personen. Gerade die NPD in Sachsen-Anhalt hat uns zum Glück immer wieder gelehrt, dass man sich auch selbst demontieren kann, auch dann, wenn einem schon viele Bürger folgen und der Wahlerfolg wie 2011 zum Greifen nahe ist. Ob die NPD die Partei ist, die in Deutschland den Rechtsextremismus auch auf breiterer Ebene wählbar machen kann, lässt sich heute noch nicht absehen. Dass sie in der Lage ist, sich für neue Potentiale zu öffnen, Bürgern ein politisches Angebot zu machen, Themen zu besetzen wie etwa in der Auseinandersetzung in dem kleinen Ort Insel, das wissen wir. Aber mindestens ebenso viel Aufmerksamkeit sollten wir gerade in Sachsen-Anhalt den sogenannten Freien Kräften widmen, die in ganz Deutschland verbreitet sind und auf lokaler und regionaler Ebene gerade Jugendlichen Identitäts- und Vergemeinschaftungsangebote machen. Wir sollten uns sehr davor hüten, dieses Spektrum als „unorganisiert“ zu begreifen, nur weil wir hier keine in unserem Verständnis rechtsförmige Organisation vorfinden. Freie Kameradschaften, Freie Kräfte sind in ihren informellen Strukturen oft handlungsfähig organisiert, sie sind an vielen Orten aktionsfähiger als die NPD, und sie sind auch Ausgangspunkt militanter Übergriffe. Wer diese Gruppen unterschätzt, übersieht ihre Wirkungsmacht in jugendkultureller Hinsicht und übersieht dann auch leicht das militante Potential dieses Spektrums, das zeigt nicht zuletzt der Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages, der deutlich diagnostiziert, dass der rechtsextremistische Terror aus genau diesen Strukturen hervorgegangen ist und seine

langjährige Handlungsfähigkeit letztlich in dem Vakuum aus Fehleinschätzungen und Handlungsdefiziten aufseiten der staatlichen Sicherheitsbehörden entfalten konnte. Aber auch im Mikrokosmos lokaler Auseinandersetzungen können wir beobachten, wie aktionsfähig solche Gruppen sind, wenn etwa das Merseburger Mehrgenerationenhaus oder einzelne Schulen, die den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ erworben haben, zum Ziel rechtsextremer Aktionen solcher Gruppierungen werden, die damit zum Ausdruck bringen wollen, dass sie Positionierungen gegen rechts in ihrem Umfeld nicht dulden wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Haltung in Politik und Gesellschaft gegenüber dem Rechtsextremismus hat sich in dieser Zeit ebenfalls stark verändert. Die Verharmlosung und Ignorierung rechtsextremer Spektren in den 90er Jahren wurde mit der Jahrtausendwende abgelöst durch starke Initiativen in der Zivilgesellschaft, die zum Auslöser neuen staatlichen Handelns wurden. Auch das Land Sachsen-Anhalt hat mit dem Handlungskonzept für ein demokratisches, weltoffenes Sachsen-Anhalt, mit dem Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus von 2006 und mit dem aktuellen Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit deutliche Signale gesetzt, dass es neben allem notwendigen staatlichen Handeln im Sinne einer wirksamen Repression – die Prävention von Rechtsextremismus vor allem in die Hände der Zivilgesellschaft legen und dort unterstützen will. Dazu gehört die Förderung von Beratungsteams und Opferberatungsstellen durch das Ministerium für Arbeit und Soziales ebenso wie die Stärkung lokaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus und die Vernetzung

zivilgesellschaftlicher Initiativen und Programme durch die Landeszentrale für politische Bildung. Die Stärkung von Weltoffenheit und Toleranz und die Prävention von Rechtsextremismus, Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gehören seit vielen Jahren zu den Schwerpunkten unserer Arbeit. Ein Markstein dieser Arbeit war die Gründung des Netzwerks für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt im Jahr 2005 als Informations- und Aktionspool der Zivilgesellschaft und die Einrichtung der Geschäftsstelle des Netzwerks in der Landeszentrale als Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und Land. In dieses Netzwerk integriert haben wir einen in unserem Bundesland höchst erfolgreichen Präventionsansatz für Schulen, nämlich das Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, dem inzwischen in Sachsen-Anhalt 94 Schulen angehören, die sich aktiv um dieses Thema kümmern und Jahr für Jahr neue Projekte kreieren. Seit der Verabschiedung des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit durch die Landesregierung im Mai 2012 gehören auch die Koordination dieses ressortübergreifenden Programms und die Umsetzung eines Maßnahme-Etats zu den Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung. In diesem Zusammenhang koordiniert die Landeszentrale auch die Projekte des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“, wozu auch eine Kofinanzierung mehrerer Projekte gehört, die in großen Verbänden umgesetzt werden. Aber ich betone an dieser Stelle ausdrücklich, dass wir eine koordinierende, eine fördernde und als Bildungseinrichtung auch eine qualifizierende Aufgabe haben, aber den Schwerpunkt eindeutig auf die Förderung nichtstaatlichen Handelns in der Gesellschaft legen und dabei auf Kooperationspartner der Zivilgesellschaft wie die Träger der Beratungsnetzwerke, auf Lokale Bür-

gerbündnisse, aber auch auf die großen Verbände in Sport, Feuerwehr, Wohlfahrt und Kirchen setzen. Und nicht zuletzt sei an dieser Stelle erwähnt, dass es in Sachsen-Anhalt auf Initiative der Integrationsbeauftragten, Frau Möbbeck, inzwischen ein Landesnetzwerk der Migrantenselbstorganisationen mit über 70 Mitgliedsverbänden gibt, die aktiv am politischen Leben unseres Bundeslandes partizipieren und wichtige Kooperationspartner in der interkulturellen Bildung geworden sind.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Staat und Zivilgesellschaft sind also aufmerksamer und handlungsfähiger geworden gegenüber dem Rechtsextremismus. Aber wir dürfen nicht nachlassen in unserer Aufmerksamkeit, in unserem Handeln und in unserer kritischen Auseinandersetzung mit diesem Thema, denn nur so können wir noch besser werden, in diesem Sinne wünsche ich der heutigen Tagung offene, kritische Diskussionen und konstruktive Ergebnisse für eine gemeinsame Strategie.

## „Die NPD – Geschichte und Gegenwart, aber Zukunft?“

**Prof. Dr. Eckhard Jesse,**  
*Technische Universität Chemnitz, Philosophische Fakultät  
(Professur für Politische Systeme, politische Institutionen)*

*Es gilt das gesprochene Wort!*



### 1. Einleitung

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) wurde am 28. November 1964 ins Leben gerufen. Sie ist damit nicht nur die älteste rechts-extremistische Partei, sondern auch die größte. Allerdings hat es mit dem Superlativ eine eigen-tümliche Bewandnis. Der Superlativ („größte“) ist weniger als der Positiv („groß“). Denn die NPD stellt im Gegensatz zum eigenen Anspruch eine weithin einflusslose politische Kraft dar. Allerdings entsteht in der Öffentlichkeit zuweilen ein anderer Eindruck – durch Gegner der Partei wie durch die NPD selbst.

Der folgende Beitrag fragt nach der politischen Relevanz dieser Partei. Er geht auf ihre Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ein. Die Abgrenzung ist dabei nicht leicht. Unter „Geschichte“ wird die (lange) Zeit von der Gründung der Partei bis zum Ende der Ära Udo Voigt im November 2011 verstanden. Als „Gegenwart“ firmiert die (kurze) Zeit unter dem Vorsitz Holger Apfels (von November 2011 an), als dieser den Vorsitz Knall auf Fall im Dezember 2013 niederlegte und sogar die Partei verließ. Die Phase seither firmiert als „Zukunft“. Auch wenn diese offen ist, spricht vieles nicht für eine verheißungsvolle Entwicklung der NPD – sei

es, dass das Bundesverfassungsgericht die Partei verbietet, sei es, dass diese in ihrem desolaten ideologischen, organisatorischen und finanziellen Zustand weiterhin ein Mauerblümchendasein fristet.

### 2. Geschichte

Gegründet als Sammelbecken des „nationalen Lagers“ unter Einschluss kleiner national-konservativer Kreise, trat die NPD die Nachfolge der erfolglosen Deutschen Reichspartei an (1953: 1,1 Prozent; 1957: 1,0 Prozent; 1961: 0,8 Prozent), die den organisatorischen Kern der neuen Kraft bildete. Nach der Bundestagswahl 1965 (2,0 Prozent) setzte in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre während einer wirtschaftlichen Rezession und während eines schnellen gesellschaftlichen Wandels ein kometenhafter Aufstieg ein. Die NPD gelangte in sieben Landesparlamente: im November 1966 in Hessen (7,9 Prozent) und in Bayern (7,4 Prozent), im April 1967 in Rheinland-Pfalz (6,9 Prozent) und Schleswig-Holstein (5,8 Prozent), im Juni 1967 in Niedersachsen (7,0 Prozent), im Oktober 1967 in Bremen (8,8 Prozent). Das beste Ergebnis erreichte die Partei nach den „Osterunruhen“ der außerparlamentarischen Opposition im Gefolge des Atten

tats auf Rudi Dutschke in Baden-Württemberg (9,8 Prozent).<sup>1</sup> Dem knappen Scheitern bei der Bundestagswahl 1969 mit 4,3 Prozent folgte ein jahrzehntelanger Abwärtstrend.<sup>2</sup> Die Gründe: schnelle Verbesserung der ökonomischen Lage; Beendigung der Großen Koalition mit der Folge einer „Opposition im System“ durch die Union; intensive Auseinandersetzung der anderen Parteien mit den von der NPD geschürten Ressentiments. Die Resultate bei den Bundestagswahlen 1972 bis 1990 lagen zwischen 0,2 und 0,6 Prozent. In den Ländern kam die Partei in dieser Zeit auch nicht mehr an die Fünfprozenthürde heran. Der erste Vorsitzende Friedrich Thielen (1964 – 1967), von der nationalkonservativen Deutschen Partei zur NPD gestoßen, war eine bloße Galionsfigur und musste bald Adolf von Thadden (1967 – 1971) Platz machen.<sup>3</sup> Von Thadden, als früherer Vorsitzender der Deutschen Reichspartei fest im „nationalen Lager“ verhaftet, verfocht einen eher besitzbürgerlich orientierten Rechtsextremismus und setzte sich von der nationalsozialistischen Ideologie ab.<sup>4</sup>

Die Niederlage bei der Bundestagswahl 1969 zeitigte bald personelle Konsequenzen. Von Thadden trat auf dem Parteitag 1971 zurück, weil die NPD nicht mehr „führbar“ sei. Unter Thaddens Nachfolger Martin Mußnug, der sie von 1971 bis 1990 mehr verwaltete als führte, blieb die Partei ein „braver Haufen“ Ewiggestriger ohne

jede Ausstrahlung über das rechtsextremistische Milieu hinaus. Nach dem kläglichen Abschneiden bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 mit 0,3 Prozent erklärte Mußnug seinen Rücktritt – er verließ die Partei und beteiligte sich 1991 an der Gründung der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“, die keinen Einfluss gewinnen konnte und 1996 aufgab.

Die NPD ist seit der deutschen Einheit die stärkste rechtsextremistische Partei<sup>5</sup>, nachdem zunächst die gemäßigttere Partei der „Republikaner“ zu reüssieren schien – mit sehr guten Erfolgen bei den Wahlen in Baden-Württemberg (1992: 10,9 Prozent; 1996: 9,1 Prozent). Durch die Neuregelung des Asylrechts verlor sie ein Thema, das ihr Stimmen beschert hatte. Auch die DVU hatte 1998 in Sachsen-Anhalt mit 12,9 Prozent und in Brandenburg 1999 mit 5,3 Prozent (2004: 6,1 Prozent) bessere Ergebnisse erzielt. Unter Udo Voigt, der 1996 Günter Deckert<sup>6</sup> abgelöst hatte (mit 88 gegen 83 Stimmen), öffnete sich die NPD Kräften mit zum Teil neonationalsozialistischen Positionen, nicht zuletzt bedingt durch den Zulauf von Mitgliedern verbotener Vereinigungen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre. Voigt sorgte mit seinem strategischen Konzept von 1997, abgesehen auf dem Parteitag von 1998, in der Partei selbst und in der Öffentlichkeit für beträchtliche Aufmerksamkeit. Es stützt sich auf drei Säulen: Mit der „Schlacht um die Köpfe“ ist die Programmatik gemeint, mit der „Schlacht um die Straße“ die Massenmobilisierung, mit der „Schlacht um die

1 Vgl. die Analyse von Lutz Niethammer, *Angepasster Faschismus. Politische Praxis der NPD*, Frankfurt a. M. 1969; siehe jetzt auch Jan-Ole Prasse, *Der kurze Höhenflug der NPD. Rechtsextreme Wahlerfolge der 1960er Jahre*, Marburg 2010.

2 Vgl. Uwe Hoffmann, *Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur*, Frankfurt a. M. 1999

3 Vgl. Eckhard Jesse, *Biographisches Porträt: Adolf von Thadden*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 2, Bonn 1990, S. 228–238.

4 Er gehörte für die Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei, einem Vorläufer der Deutschen Reichspartei, dem ersten Deutschen Bundestag an und war fähigster Kopf im rechtsextremistischen Lager.

5 Vgl. Richard Stöss, *Der rechte Rand des Parteiensystems*, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), *Handbuch Parteienforschung*, Wiesbaden 2013, S. 563–618.

6 Dieser wurde 1995 wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass zu zwei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Vgl. Gerhard Hertel, *Biographisches Porträt: Günter Deckert*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 9, Baden-Baden 1997, S. 202–212.

Wähler“ die Wahlteilnahme.<sup>7</sup> Die unverkennbare Radikalisierung zeitigte zunächst keine Erfolge, stieß allerdings bei ihren Gegnern auf massiven Widerspruch.

Nachdem es schon in der Zeit der ersten Großen Koalition unter Innenminister Ernst Benda zu einer – halbherzig geführten – Verbotsdiskussion über die NPD gekommen war, ließen es die etablierten Parteien im Jahre 2001 nicht mehr mit bloßen Absichtserklärungen bewenden. Tatsächliche bzw. vermeintliche gewalttätige rechts-extremistische Aktivitäten führten zu einer Art Eigendynamik des demokratischen Staates. Alle drei dazu berechtigten Verfassungsorgane reichten gegen die NPD einen Verbotsantrag ein (die Bundesregierung, der Bundestag und der Bundesrat). Das Bundesverfassungsgericht bat in der Folge aufgrund bestimmter Verdachtsmomente um Aufklärung zu denjenigen Personen aus den Vorständen der NPD, die mit staatlichen Stellen zusammengearbeitet hatten. Nach den Angaben der Verfassungsschutzbehörden waren rund 15 Prozent V-Leute in den Vorständen der NPD tätig, etwa 30 von 200. Am 18. März 2003 gab der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts die Einstellung des Verfahrens gegen die Partei bekannt. Das war für die streitbare Demokratie der Bundesrepublik Deutschland eine Niederlage. Für drei der sieben Richter stellte das Problem der V-Leute ein nicht behebbares Verfahrenshindernis dar.<sup>8</sup> Dieses Quorum genügte für das

Scheitern des Verfahrens aus formalen Gründen. Ausgerechnet der einstige Linksterrorist Horst Mahler – ein Wanderer zwischen den ideologischen Welten – hatte als Rechtsvertreter der NPD fungiert und bizarre Stellungnahmen voller verschwörungstheoretischer Elemente verfasst.<sup>9</sup>

Die Partei erzielte bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002 nur 0,3 bzw. 0,4 Prozent der Stimmen, schaffte so nicht einmal die für die Wahlkampfkostenerstattung wichtige Marke von 0,5 Prozent. Bei den Bundestagswahlen 2005 und 2009 konnte die NPD mit 1,6 und 1,5 Prozent wenigstens ein Ergebnis oberhalb der Ein-Prozent-Hürde aufweisen. Ein Zusammenhang zum gescheiterten Parteiverbotsverfahren ist nicht erwiesen, wenngleich die NPD dadurch hohe öffentliche Aufmerksamkeit erzielt hatte. An den Wahlen zum Europäischen Parlament, die eher ein Protestvotum begünstigen, nahm die NPD nach der deutschen Einheit dreimal teil: 1994, 1999 und 2004. Die Resultate fielen mit 0,2, 0,4 und 0,9 Prozent ernüchternd aus.<sup>10</sup> Sie vermochte auch bei Landtagswahlen lange nicht zu reüssieren. Im Jahre 2004 jedoch zog die Partei auf dem Höhepunkt der Kritik an Hartz IV in Sachsen mit 9,2 Prozent in den Landtag ein (2004: 5,6 Prozent), und sie konnte diesen Erfolg zwei Jahre später in Mecklenburg-Vorpommern mit 7,3 Prozent fast wiederholen. In diesem Land gelangte ihr ebenso die Rückkehr in das Parlament (2011: 6,0 Prozent). In Teilen von Sachsen und von Mecklenburg-Vorpommern vermochte die Partei eine gewisse Verankerung zu erreichen.

7 2004 kam der „Kampf um den organisierten Willen“ hinzu. Die NPD wollte im „nationalen Lager“ die alleinige Kraft werden. Zum Konzept der Partei vgl. NPD-Parteivorstand, Das strategische Konzept der NPD, in: Holger Apfel (Hrsg.), „Alles Große steht im Sturm.“ Tradition und Zukunft einer nationalen Partei: 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN, Stuttgart 1999, S. 356 – 360. Zur Kritik: Eckhard Jesse, Das Vier-Säulen-Modell der NPD, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 178 – 192.

8 Vgl. Lars Flemming, Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“, Baden-Baden 2004.

9 Vgl. Eckhard Jesse, Biographisches Porträt: Horst Mahler, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 13, Baden-Baden 2001, S. 183 – 199; Martin Jander, Horst Mahler, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, Hamburg 2006, S. 372 – 393.

10 2009 hatte die NPD zugunsten der DVU verzichtet.

Die ideologische und organisatorische Neuausrichtung unter der Führung von Voigt radikalisierte die NPD einerseits (durch enge Zusammenarbeit mit den militanten „Freien Kameradschaften“) und verlieh ihr andererseits ein wählerwirksames Auftreten. In dem „Deutschland-Pakt“ vom Januar 2005 verpflichteten sich NPD und DVU dazu, nicht mehr gegeneinander anzutreten.<sup>11</sup> Die NPD agierte nun aggressiv antikapitalistisch-nationalrevolutionär, bisweilen klassenkämpferisch. Die fremdenfeindliche, teils rassistische Partei wendet sich vehement gegen die Globalisierung, gegen die USA, gegen „den“ Kapitalismus. Der geforderte Ausschluss aller Nicht-Deutschen aus einer „deutschen Volksgemeinschaft“ steht für Vertreibung und Enteignung.<sup>12</sup>

Udo Voigt proklamierte mit seinem Strategiewechsel das Ziel, die Partei aus ihrem „politischen Eremitendasein“ herauszuführen.<sup>13</sup> Die strategische Verjüngungskur bescherte der NPD zeitweilig einen „zweiten Frühling“ (Armin Pfahl-Traugber). Dabei kooperiert die Partei mit Neonationalsozialisten und Skinheadgruppen. Die Phase unter Voigt ist mithin durch Erfolge und Misserfolge gekennzeichnet. Zuletzt machten Voigt finanzielle Unregelmäßigkeiten der Partei zu schaffen. Innerparteilich wurde er zunehmend umstritten. Zumal Holger Apfel<sup>14</sup> wandte sich mit seinem „Sächsischen Weg“ gegen den „Berliner Weg“ Voigts. Bei der Wahl zum Vorsitzenden auf einem

Sonderparteitag<sup>15</sup> 2009 konnte sich Udo Voigt gegen Udo Pastörs mit 136 gegen 72 Stimmen deutlich behaupten. Holger Apfel hatte zuvor erklärt, nur unter Pastörs für das Amt eines Stellvertreters zur Verfügung zu stehen.

### 3. Gegenwart

Die Wahlen im September 2011, zum Berliner Abgeordnetenhaus waren für den Spitzenkandidaten Udo Voigt von fundamentaler Bedeutung, musste er doch mit einem guten Ergebnis aufwarten, um seine Chancen auf Wiederwahl zwei Monate später zu wahren. Die Partei sparte nicht mit Provokationen. So warb sie mit dem Slogan „GAS geben“. Trotzdem (oder gerade deswegen) verlor sie 0,5 Punkte der Stimmen<sup>16</sup>, sie erreichte nur 2,1 Prozent: 2,9 Prozent im Ostteil der Stadt, 1,7 Prozent im Westteil. Das war für Voigt kein gutes Omen.

Am 12. November 2011 löste Holger Apfel, der etwas weniger plump agitierte als Udo Voigt und „seriöse Radikalität“ propagierte, diesen mit 126 gegen 85 Stimmen ab. Apfel versprach Korrekturen, weniger im inhaltlichen Bereich, mehr in der Außendarstellung: „Wir wollen in Zukunft spürbar den Medienklischees entgegenwirken und uns noch stärker als Kümmererpartei profilieren. Das gelingt uns nur, wenn wir Vertrauen schaffen, wenn wir nicht als Sektierer oder Bürgerschreck auftreten. Wir wollen interessant und unkonventionell sein. Wir wollen anecken, provozieren und herausfordern. Wir wollen aber keine Schlachten der Vergangenheit schlagen oder ständig mit

11 2009 löste die NPD diesen Pakt auf. Zum 1. Januar 2011 ging die dahinsiechende DVU in der NPD auf.

12 Vgl. Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007; Marc Brandstetter, Die NPD unter Udo Voigt. Organisation, Ideologie, Strategie, Baden-Baden 2013.

13 Vgl. Eckhard Jesse, Biographisches Porträt: Udo Voigt, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 18. Baden-Baden 2006, S. 207 – 219.

14 Vgl. Karsten Goll, Biographisches Porträt: Holger Apfel, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 19, Baden-Baden 2008, S. 226 – 236.

15 Dieser war wegen der durch den Bundesschatzmeister Erwin Kemna veruntreuten Parteigelder und der Streitigkeiten mit Blick auf das Verhältnis gegenüber den „Freien Kameradschaften“ nötig geworden.

16 Vgl. Eckhard Jesse, Wahlen 2011, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 24, Baden-Baden 2012, insbes. S. 123 f.

Assoziationen zu vorgestern aufmerksam machen, sondern eine von frischem Wind getragene nationalistische Anti-Globalisierungspartei sein.“<sup>17</sup> Allerdings konnte Apfels Beginn wahrlich nicht schlechter verlaufen. Schließlich waren wenige Tage zuvor zehn Morde von Rechtsextremisten aus den Jahren 2000 bis 2007 bekanntgeworden („Nationalsozialistischer Untergrund“).

Nach dem Aufdecken dieser Morde flammte eine erneute Verbotsdiskussion in puncto NPD auf, diesmal weniger in plakativer Weise – wie etwa nach dem Messerangriff auf den Passauer Polizeipräsidenten Alois Mannichl. Die Innenministerkonferenz beschloss im Dezember 2011 die Chancen für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren auszuloten, wobei die Existenz von V-Leuten in den Führungsetagen der Partei dem Erfolg eines solchen Unterfangens entgegenstand. Als sich im März 2012 die Innenminister des Bundes und der Länder darauf einigten, diese V-Leute „abzuschalten“, gerichtsverwertbare Beweise für aggressiv-kämpferisches Verhalten der NPD zu sammeln und zu prüfen, ob ein Antrag dem Gebot der Verhältnismäßigkeit entspreche, trat das Verbotsvorhaben in ein neues Stadium. Im Dezember 2012 votierten die Innenminister für ein Verbotverfahren gegen die NPD. Der Bundesrat beschloss noch im gleichen Monat, einen Verbotsantrag zu stellen (bei Stimmenenthaltung des Landes Hessen). Bundesregierung und Bundestag (vor allem gegen Stimmen der SPD und der Partei Die Linke) verzichteten zwar auf einen Verbotsantrag, unterstützten aber das Vorgehen des Bundesrates. Im Dezember 2013 wurde durch diesen ein solcher Antrag beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Er verweist u. a. auf Ähnlichkeiten zwischen dem Programm der NSDAP und dem der NPD.

<sup>17</sup> Zitiert nach Uwe Backes, Organisationen 2011, in: Ebd., S. 139.

Die Wahlergebnisse 2012/2013 fielen unter Holger Apfel nicht besser aus als unter Udo Voigt – im Gegenteil. Bei den drei Landtagswahlen 2012 verlor die NPD jeweils 0,3 bzw. 0,2 Punkte gegenüber dem letzten Wahlgang: im Saarland ging ihr Resultat von 1,5 auf 1,2 Prozent zurück, in Schleswig-Holstein von 0,9 auf 0,7 Prozent und in Nordrhein-Westfalen von 0,7 auf 0,5 Prozent. Damit konnte sie nur im Saarland von der staatlichen Teilfinanzierung profitieren.<sup>18</sup> Noch stärker nahmen sich die Verluste der NPD bei den zwei Landtagswahlen 2013 vor der Bundestagswahl aus: Sie büßte in Niedersachsen 0,7 Punkte ein (2013: 0,8 Prozent) und in Bayern 0,6 Punkte (2013: 0,6 Prozent). Bei den Landtagswahlen in Hessen – am Tag der Bundestagswahl – vermochte sich die Partei allerdings leicht zu steigern: von 0,9 auf 1,1 Prozent. Hingegen setzte sich der negative Trend bei der Bundestagswahl 2013 fort. Die NPD erzielte mit einem Stimmenanteil von 1,3 Prozent 0,2 Punkte weniger als 2009. Im Osten sank der Anteil der Partei von 3,1 auf 2,8 Prozent, im Westen von 1,1 auf 1,0 Prozent. Dieses Ergebnis war für die NPD enttäuschend. Sie schnitt – nicht nur bei dieser Wahl – überdurchschnittlich gut bei den jungen Männern ab. So erreichte sie in den neuen Bundesländern bei den 18- bis 24-jährigen Männern 7,1 Prozent der Stimmen, bei den über 70-jährigen Frauen dagegen nur 0,4 Prozent der Stimmen.<sup>19</sup>

Überraschend für die Öffentlichkeit trat Holger Apfel kurz vor Weihnachten 2013 vom Amt des Parteivorsitzenden und des sächsischen Fraktionsvorsit-

<sup>18</sup> Vgl. für Einzelheiten Eckhard Jesse, Wahlen 2012, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 25, Baden-Baden 2013, S. 97 – 111.

<sup>19</sup> Das sind die exakten Angaben der repräsentativen Wahlstatistik. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013, Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen, Wiesbaden 2014, S. 75.

zenden zurück. Eine Woche später verließ er sogar die Partei, und im Januar 2014 legte er auch sein Landtagsmandat nieder. Der Hintergrund für diese Entscheidung: Ihm wurde vorgeworfen, ein männliches Mitglied der eigenen Partei sexuell belästigt zu haben.<sup>20</sup> Zum Nachfolger Apfels avancierte Udo Pastörs, Fraktionschef der Partei im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und bisher stellvertretender Vorsitzender.<sup>21</sup> Allerdings setzte sich kurz danach auf dem Bundesparteitag der NPD (Januar 2014) Udo Voigt gegen Udo Pastörs mit 93 gegen 71 Stimmen für die Spitzenkandidatur der Partei zur Europawahl im Mai 2014 durch.<sup>22</sup> Das Beispiel zeigt die Zerstrittenheit der NPD. Udo Voigt hatte in einem Buch von Ende 2013 sogar nicht davor zurückgeschreckt, Holger Apfel in die Nähe eines V-Mannes zu rücken.<sup>23</sup>

## 4. Zukunft

Was die Zukunft der NPD betrifft, so sind die folgenden Aussagen nicht frei von Spekulation. Sie beziehen sich zum einen auf die Aktivitäten der Partei (innerer Zusammenhalt; Wahlergebnisse), zum anderen auf die Aktivitäten ihrer Gegner (z. B. Verbotsantrag vor dem Bundesverfassungsgericht). Was allerdings menschlichem Ermessen nach feststehen dürfte: Der NPD mit ihrer antidemokratischen Ideologie, Strategie und Organisation ist kein Erfolg beschieden.<sup>24</sup>

20 Vgl. etwa Frank Jansen, Kabale unter Kameraden, in: Der Tagespiegel v. 27. Dezember 2013, S. 6; Justus Bender, Nacht der langen Messer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 27. Dezember 2013, S. 4.

21 Vgl. u. a. Andreas Förster, Pastörs offiziell neuer NPD-Chef, in: Berliner Zeitung v. 14. Januar 2014; Jan Bielecki, Extrem extremistisch, in: Süddeutsche Zeitung v. 16. Januar 2014.

22 Vgl. u. a. Antonie Rietzschel, Rechter Udo gegen rechten Udo, in: Süddeutsche Zeitung v. 20. Januar 2014; Justus Bender, Berauscht mit Ohr und Blick, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 20. Januar 2014, S. 3; Konrad Litschko/Andreas Speit, Udo schlägt Udo, in: die tageszeitung v. 20. Januar 2014, S. 6.

23 Vgl. Udo Voigt, Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz. Mein Weg mit der NPD, Fretterode 2013.

24 Vgl. Robert Ackermann, Warum die NPD keinen Erfolg haben kann. Organisation, Programm und Kommunikation einer rechtsextremen Partei, Opladen 2012.

Die internen Auseinandersetzungen innerhalb der NPD sind einerseits Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen extremistischen Strömungen und andererseits Zwistigkeiten personeller Natur. Beide Ebenen vermengen sich. So hatte der Hardliner Pastörs den „Gemäßigten“ Apfel im Kampf um den Parteivorsitz 2011 gegen den Hardliner Voigt unterstützt. Nach dem – mehr unfreiwilligen als freiwilligen – Rücktritt von Holger Apfel sind Udo Pastörs und Udo Voigt nun die beiden „starken Männer“ der „schwachen Partei“. Da das Bundesverfassungsgericht die Dreiprozenthürde für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Februar 2014 als verfassungswidrig erklärt hat, wird die NPD mit Udo Voigt wohl in das Europäische Parlament einziehen. Ein Machtfaktor ist sie damit aber nicht. Die Angst, Voigt könnte über sein Auftreten im Europäischen Parlament Anhänger gewinnen, dürfte unbegründet sein. Die internen Konflikte könnten sich bei ausbleibendem Wahlerfolg zuspitzen – mit unabsehbaren Konsequenzen. Die Partei, deren Mitgliederzahl trotz der Integration der DVU zurückgeht (mittlerweile unter 6 000), ist kaum kampagnenfähig. Es spricht mehr dafür als dagegen, dass sie nach dem 31. August 2014 (Wahltermin) dem nächsten Landtag im Freistaat Sachsen nicht mehr angehört.

Ob das Bundesverfassungsgericht die Partei verbietet, ist schwer einzuschätzen.<sup>25</sup> Die Belege für die Verfassungsfeindlichkeit der Partei sind erdrückend. Weniger klar ist die Frage nach der aggressiv-kämpferischen Ausrichtung der Partei zu beantworten. Auch wenn Zusammenhänge zwischen der NPD und den NSU-Morden augenscheinlich nicht gegeben sind, genügt für ein Verbot bereits eine aggressive Zielsetzung,

25 Vgl. Eckart Klein, Ein neues NPD-Verbotsverfahren? Rechtsprobleme beim Verbot politischer Parteien, Baden-Baden 2012.

die nicht auf Gewalt hinauslaufen muss.<sup>26</sup> Gerade ein Anhänger der streitbaren Demokratie, wie sie das Grundgesetz verankert hat, muss Skepsis gegenüber einem solchen Antrag anmelden.<sup>27</sup> Rechtsextremistische Gewalttaten dürften durch ein NPD-Verbot nicht zurückgehen. Und ist ein solcher Antrag gegen eine schwache Partei wirklich ein Zeichen der Stärke des Staates? Die Bundesrepublik Deutschland ist eine gefestigte Demokratie – anders als Anfang der fünfziger Jahre. Damals war ein Verbot der Sozialistischen Reichspartei 1952 angemessen.<sup>28</sup> Für die KPD gilt das ebenso.

Die für die NPD ungünstigste Variante: Die Partei löst sich auf, und ihre Mitglieder ziehen sich aus dem „politischen Geschäft“ entmutigt zurück. Doch ist ein solches Szenario ausgesprochen unrealistisch. Wahrscheinlicher ist die Neugründung einer Partei des „nationalen Lagers“, die vorsichtiger agiert.

Die für die NPD günstigste Variante: Das Bundesverfassungsgericht verbietet die Partei, und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, den die NPD in einem solchen Fall mit Sicherheit anruft, macht die Entscheidung rückgängig. Schließlich spielt für diesen bei der Prüfung nach der Legitimität eines Parteiverbotes die Frage der Gefahr eine Rolle.<sup>29</sup> Es könnte also sein, dass die NPD die Bundesrepublik dann als einen Staat „vorzuführen“ gedenkt, der „unbequeme“ Parteien ausschaltet, als eine Art „Unrechtsstaat“.

26 Vgl. Eckhard Jesse, Die Diskussion um ein neuerliches NPD-Verbotsverfahren – Verbot: kein Gebot, Gebot: kein Verbot, in: Zeitschrift für Politik 59 (2012), S. 296-313.

27 Vgl. zur Diskussion Uwe Backes, NPD-Verbot: Pro und Contra, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18 – 19/2012, S. 9 – 15.

28 Vgl. Henning Hansen, Die Sozialistische Reichspartei (SRP). Aufstieg und Scheitern einer rechtsextremen Partei, Düsseldorf 2007.

29 Vgl. Seyda Emek, Parteiverbot und Europäische Menschenrechtskonvention, München 2007.

Aber selbst in diesem Fall stellt die Partei keine Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat dar. Vollmundige Parolen, die etwa der Partei-Theoretiker Jürgen Gansel<sup>30</sup> ausgibt („geräuschlose völkische Graswurzelrevolution“ in „Mitteldeutschland“), sind in ihrer Autosuggestion nicht ernst zu nehmen. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht die Weimarer Republik. Und: Die NPD ist nicht die NSDAP.

### 5. Schluss

Die Geschichte der NPD ist die Geschichte einer gescheiterten Partei – unabhängig vom Ausgang des Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht. Die NPD war lange eine rechtsextremistische Partei deutsch-nationaler Prägung – bis Anfang der neunziger Jahre. Durch Günter Deckert und vor allem durch Udo Voigt radikalisierte sich ihr Kurs. In beiden Phasen hatte sie vor allem Misserfolge, aber auch gewisse Erfolge.

Die Bereitschaft, einer Partei wie der NPD im Osten eher die Stimme zu geben als im Westen, hängt u. a. mit der dort geringeren Parteiidentifikation zusammen, da die neuen Bundesländer demokratisch weniger konsolidiert sind. Zwei spezifische Faktoren erklären das bessere Abschneiden: zum einen die Erblast des „realen Sozialismus“ (die DDR war keine weltoffene Gesellschaft, die den Umgang mit „Fremden“ eingeübt hatte), zum anderen der nicht zuletzt auch ökonomisch schwierige Transformationsprozess, der sich verbindet mit Perspektivlosigkeit, Verödung von Landstrichen, starkem Zukunftspessimismus, schwach ausgeprägter Religionsbindung sowie Entbürgerlichungstendenzen.

30 Er ist Begründer der „Dresdner Schule“, die sich als Gegengewicht zur „Frankfurter Schule“ versteht. Es ist schwer, keine Satire zu schreiben.

Allerdings: Die Wählerschaft der NPD ist wie Flugsand. Es besteht keine sonderlich enge Bindung an die Partei, die vor allem mit Protest Stimmen sammelt und spezifisch landespolitische Themen vernachlässigt. Freilich erweckt die NPD, die eine „Volkfront von rechts“ beschwört, einen anderen Eindruck. Gewiss geriert sich die rechtsextreme Kraft zuweilen als „Kümmerer“-Partei, aber deswegen ist sie nicht in der viel berufenen „Mitte der Gesellschaft“ angekommen. Pointiert formuliert: Die demokratische Öffentlichkeit findet im November 2014 – 50 Jahre nach der Gründung – eine Partei vor, die einen „Scherbenhaufen“ hinterlassen hat.

Wenngleich die NPD einen anderen Eindruck vermitteln will: Sie beeinflusst in Deutschland die politische Willensbildung nicht. Alle tragenden gesellschaftlichen Kräfte sind sich prinzipiell einig in der Ablehnung dieser antidemokratischen Gruppierung: Parteien und Kirchen, Gewerkschaften und Unternehmerverbände, Medien und Universitäten, Bundeswehr und Justiz. Das ist ein klarer Unterschied zur ersten deutschen Demokratie, als der Rechtsextremismus längst nicht überall geächtet war.

## „Zerstritten, pleite, geächtet“

**Dr. Marc Brandstetter**

*Redaktionsleiter Endstation Rechts*

*Es gilt das gesprochene Wort!*



Zerstritten, pleite, geächtet.  
Die NPD unter Holger Apfel



Von: Dr. Marc Brandstetter

Zerstritten, pleite, geächtet.  
Die NPD unter Holger Apfel

- Udo Voigt & Holger Apfel
- Organisation
- Wahlteilnahmen
- Finanzen
- Hochburgen
- Strategie / Ideologie / Ausrichtung
- Themen / Kampagnen
- Interne Konflikte
- Verbotsverfahren
- Politischer „Alltag“



## Zerstritten, pleite, geächtet. Die NPD unter Holger Apfel

### *Die NPD unter Udo Voigt*

- Organisatorische Konsolidierung
- Wahlerfolge
- Ideologische Kurskorrektur
- Radikalisierung
- Vier-Säulen-Modell
- „Volksfront von Rechts“



Udo Voigt

## Zerstritten, pleite, geächtet. Die NPD unter Holger Apfel

### *Holger Apfel (\*1970)*

- NPD-Mitglied seit 1988
- JN-Vorsitzender 1993-1999
- NPD-Bundesvize 2000-2009
- Vorsitzender Nationales Bündnis Dresden 2003
- Seit 2004 NPD-Fraktionsvorsitzender Sachsen
- Sächsischer Landesvorsitzender 2009-2011
- Seit Nov. 2011 NPD-Bundesvorsitzender



Udo Pastörs &  
Holger Apfel

1993: Rede auf Rudolf-Hess-Gedenkmarsch

2007: „arrogante Wohlstandsneger“

## Zerstritten, pleite, geächtet. Die NPD unter Holger Apfel

Jahr	Mitglieder	Jahr	Mitglieder
1996	3.500	2004	5.300
1997	4.300	2005	6.000
1998	6.000	2006	7.000
1999	6.000	2007	7.200
2000	6.500	2008	7.000
2001	6.500	2009	6.800
2002	6.100	2010	6.600
2003	5.000	2011	5.800
		2012	5.400

Quelle: Verfassungsschutzberichte,  
Rechenschaftsbericht 2011, eigene Schätzung

## Zerstritten, pleite, geächtet. Die NPD unter Holger Apfel

Bundesland (unter Apfel)	Ergebnis in Prozent	Veränderung in Prozentp.
23.03.12, Saarland	1,2	-0,3 (2009)
06.05.12, Schleswig-Hol.	0,7	-0,2 (2009)
13.05.12, NRW	0,5	-0,2 (2010)
20.01.13, Niedersachsen	0,8	-0,7 (2008)
22.09.13, Hessen	1,1	+0,2 (2009)
Bundesland (unter Voigt)	Ergebnis in Prozent	Veränderung in Prozentp.
20.02.11, Hamburg	0,9	-
20.03.11, Sachsen-Anhalt	4,6	-
27.03.11, Baden.-Wü.	1,0	+0,3 (2006)
27.03.11, Rheinland-Pfalz	1,1	-0,1 (2006)
22.05.11, Bremen	1,6	-
04.09.11, Mecklenburg-V.	6,0	-1,3 (2006)
18.09.11, Berlin.	2,1	-0,6 (2006)

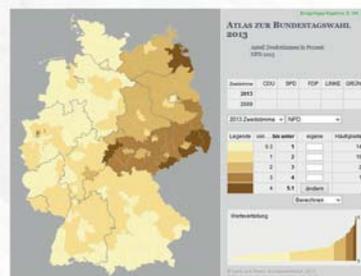
## Zerstritten, pleite, geächtet. Die NPD unter Holger Apfel

Bundesland	Ergebnis in Prozent	Bundesland	Ergebnis in Prozent
Schleswig-Holstein	0,7 (-0,3)	Baden-Württemberg	1,0 (-0,1)
Hamburg	0,6 (-0,2)	Bayern	0,9 (-0,5)
Niedersachsen	0,8 (-0,4)	Nordrhein-Westfalen	1,0 (0,0)
Bremen	1,1 (0,0)	Sachsen-Anhalt	2,2 (0,0)
Hessen	1,1 (0,0)	Brandenburg	2,6 (0,0)
Rheinland-Pfalz	1,1 (-0,1)	<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	<b>2,7 (-0,5)</b>
Berlin	1,5 (-0,1)	<b>Sachsen</b>	<b>3,3 (-0,7)</b>
<b>Saarland</b>	<b>1,7 (+0,5)</b>	Thüringen	3,3 (0,0)

## Zerstritten, pleite, geächtet. Die NPD unter Holger Apfel



Quelle: Deutsche Welle



Quelle: Wahlatlas.net

## Zerstritten, pleite, geächtet. Die NPD unter Holger Apfel

Art der Einnahmen	Summe	Prozent	Summe	Prozent
Mitglieder	532.000	17,56	554.000	17,54
Mandatsträger	115.000	3,82	81.000	2,56
Spenden natürliche	836.000	27,73	1.044.000	33,09
Spenden juristische	154.500	5,12	4.300	0,14
Einnahmen Veranstaltungen, Druckschriften etc	129.000	4,28	111.000	3,51
Staatliche Mittel	1.177.000	39,04	1.323.500	41,93
Sonstige	69.000	2,29	26.050	0,83
<b>Gesamt</b>	<b>3.012.500</b>		<b>3.051.000</b>	

Quelle: Rechenschaftsberichte der NPD, Deutscher Bundestag,  
DS 17/8551 und DS 17/12341

## Zerstritten, pleite, geächtet. Die NPD unter Holger Apfel

- Überschuss 2011: 114.000 Euro  
(2010: Verlust 415.000 Euro)
- Gesamtschulden ca. 1 Million  
Euro (Bundesverband: ca. 1,7)
- Strafzahlungen des  
Bundestages: 1,3 Millionen  
Euro (Rechenschaftsbericht  
2007, verantwortlich S. Köster)
- Urteil BverfG vom 11.11.2013:  
Abschlagszahlung Nov. 2013  
darf mit Gesamtschuld  
verrechnet werden



Foto: JT, CC BY-NC-ND 2.0

Zerstritten, pleite, geächtet.  
Die NPD unter Holger Apfel

### *Strategie / Ideologie / Ausrichtung*

- „Seriöse Radikalität“: Imagekorrektur
- Bürgerliches „Kümmerer“-Image trifft auf radikale Systemfeindschaft
- Innere Spaltung:  
„Radikale“ versus „gemäßigtere“ Strömung
- „Freundeskreise Udo Voigt“

Zerstritten, pleite, geächtet.  
Die NPD unter Holger Apfel

### *Themen / Kampagnen*



- Soziale Gerechtigkeit
- Anti-EU / EURO
- „Ausländer“ / Asylbewerber
- „Volkstod“
- „Identität“ / „Identitäre“

Holger Apfel, Matthias Faust, Udo Voigt,  
Jürgen Gansel, Jens Pühse

Zerstritten, pleite, geächtet.  
Die NPD unter Holger Apfel



Kampagne gegen ein geplantes  
Asylbewerberwohnheim in  
Güstrow (Mecklenburg-Vor.)



Holger Apfel & Andy Knappe

Zerstritten, pleite, geächtet.  
Die NPD unter Holger Apfel



„Tag der Meinungsfreiheit“ in Berlin am  
26. Oktober 2013

Zerstritten, pleite, geächtet.  
Die NPD unter Holger Apfel



Demonstration in Schneeberg, Sachsen am  
2. November 2013

Zerstritten, pleite, geächtet.  
Die NPD unter Holger Apfel



Karl Richter



Thomas „Steiner“ Wulff

## Zerstritten, pleite, geächtet. Die NPD unter Holger Apfel



- Verbotsantrag der Bundesländer
- Antrag auf Feststellung der Verfassungskonformität
- Veröffentlichung der „geheimen“ Materialsammlung



RA Peter Richter

## Zerstritten, pleite, geächtet. Die NPD unter Holger Apfel



Frank Schwerd & Udo  
Pastörs  
Hotel „Stadt Hamburg“,  
Lübtheen

## Zerstritten, pleite, geächtet. Die NPD unter Holger Apfel



Wahlkreisbüro Pastors &  
Köster, Lübbtheen  
NPD-Werbematerialien  
(Fraktion)

## Zerstritten, pleite, geächtet. Die NPD unter Holger Apfel



Zerstritten, pleite, geächtet.  
Die NPD unter Holger Apfel



NPD-nahes Internetportal „MUPinfo“,  
verantwortlich: David Petereit

Zerstritten, pleite, geächtet.  
Die NPD unter Holger Apfel



Vielen Dank für Ihre  
Aufmerksamkeit!

<http://www.endstation-rechts.de>

<http://www.storch-heinar.de>

[info@endstation-rechts.de](mailto:info@endstation-rechts.de)

### „Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt“

Dr. Hilmar Steffen,

Referatsleiter Auswertung und Beschaffung

Rechtsextremismus/-terrorismus im

Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt



*Es gilt das gesprochene Wort!*

Sehr geehrte Damen und Herren,

uns liegen viele Informationen zum Rechtsextremismus vor. Sie stammen von den Sicherheitsbehörden, aber auch von Initiativen der Bürgergesellschaft und werden durch vielfältige Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, hier möchte ich insbesondere das Engagement der Medien herausstellen, in die Gesellschaft getragen.

Wenn Sie sich die Entwicklung des Rechtsextremismus der letzten Jahre anschauen, muss das Engagement des staatlichen und zivilgesellschaftlichen Widerstands anhalten und weiter entwickelt werden. Und es stellen sich mir eine Reihe wichtiger Fragen:

Genügen die bisherigen gesellschaftlichen Strategien der Abwehr gegen Rechtsextremismus?

Müssen wir nicht unsere Wahrnehmung weiter schärfen, um die neuartigen Konturen des Rechtsextremismus besser erkennen und beschreiben zu können?

Muss die Modernisierung des Rechtsextremismus nicht im Zusammenhang mit der Modernisierung der Gesellschaft begriffen werden? Hier

möchte ich das Stichwort „Individualisierung“ nennen.

Die Modernisierung des Rechtsextremismus hat natürlich nicht plötzlich, sozusagen über Nacht, eingesetzt. Indizien für eine Modernisierung der Szene offenbarten sich uns in den letzten Jahren.

Neonazis stellten Springerstiefel und hängten Bomberjacken in den Schrank und entdeckten zunehmend das Potenzial sozialer Fragen. Die Programmatik rechter Parteien und von Neonazis strotzt nur so vor weichen Themen.

Nach der Hartz IV – Gesetzgebung versuchten Rechtsextremisten, sich an die Montagsdemonstrationen anzuhängen. In Insel, einem Örtchen bei Stendal in der Altmark, mischen sie beim Einwohnerprotest gegen das Bleiberecht rechtskräftig verurteilter Sexualstraftäter mit.

Über parlamentarische Mandate in Landtagen und in Kommunalvertretungen versuchen sie, Raum zu gewinnen, indem sie alltagspolitische Themen zum Beispiel über das Fragerecht aufgreifen.

Rechte versuchen, in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen. Im Übrigen ein Thema, dem sich

die Sicherheitsbehörden seit Jahren widmen. Die NPD versuchte in den 1990er-Jahren durch Familien- und Sportfeste szeneferne, szenefremde Personen an sich zu binden; insbesondere Kinder sollten angesprochen werden, um sie langfristig an entsprechende Strukturen zu binden. Neben unverfänglichen Aktivitäten wie Wettkämpfen, Hüpfburg-Spiele und Grillen wurden so ganz nebenbei Luftballons mit NPD-Logo und anderes einschlägiges Werbematerial an die mitunter ahnungslosen Teilnehmer verteilt.

Die Beispiele lassen sich fortsetzen ...

Um die Frage zu beantworten, ob sich der Rechtsextremismus moderner aufgestellt hat, ist es sinnvoll mit Blick auf das Land, in dem das Thema heute im Rahmen einer Fachtagung bearbeitet wird, einen skizzenhaften Zustandsbericht zum Rechtsextremismus zu bieten.

Der deutsche Rechtsextremismus tritt uns in verschiedenen **Erscheinungsformen** entgegen, die sich uns nicht statisch zeigen. Vielmehr unterliegt auch der Rechtsextremismus Veränderungen, weil er sich immer wieder neuen gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen versucht.

Wir sehen uns einer neuen kulturell und ideologisch modernisierten rechtsextremistischen Szene gegenübergestellt.

Schauen wir uns in diesem Zusammenhang einmal die NPD an: Diese größte rechtsextremistische Partei vollzog im letzten Jahrzehnt eine Wandlung vom bürgerlich-nationalen hin zum radikal-neonazistischen Lager. Die spiegelt eindrucksvoll die Veränderungen und die Wandlungsfähigkeit des Rechtsextremismus wider.

Der Rechtsextremismus stellt in der Bundesrepublik Deutschland kein einheitliches Gefüge dar. Neben dem organisationsgebundenen Rechtsextremismus, wie z. B. rechtsextremistischen Parteien oder neonazistischen Kameradschaften, werden bundesweit fast 10 000 Personen der gewaltorientierten rechtsextremistischen Szene zugerechnet. Damit ist nahezu jeder zweite Rechtsextremist in Deutschland als gewaltbereit einzustufen.

Rechtsextremismus wird insbesondere auch immer dann wahrgenommen, wenn Meldungen von politisch motivierten Straf- und Gewalttaten die Öffentlichkeit erreichen, die hinsichtlich der Qualität und der Quantität zur Sorge mahnen.

Von den im Jahr 2012 in Sachsen-Anhalt erkannten rund **1 400** Rechtsextremisten werden zirka 800 Personen dieser rechtsextremistischen Erscheinungsform zugerechnet.

Wir erkennen im Bereich des gewaltorientierten Rechtsextremismus auf Grund der Eckzahlen eine deutliche rechtsextremistische Belastung.

Der weit überwiegende Teil dieses Personenkreises entstammt dem subkulturellen Milieu, das sich in der Regel von allgemeinen gesellschaftlichen Standards absetzt. Dazu gehören unter anderem martialisches Auftreten, exzessiver Alkoholkonsum oder aggressive Musik.

Die aktuelle Bedrohung durch den Rechtsextremismus kommt nicht nur durch die immer noch hohe Anzahl von Gewaltdelikten, von Propagandadelikten und von anderen rechtsmotivierten Straftaten im Bundesgebiet und in Sachsen-Anhalt zum Ausdruck, sondern auch durch das von der

rechten Szene umgesetzte Konzept, welches ganz zentral auf Ausgrenzung und Dominanz beruht.

Dominanz wiederum geht einher mit massiver Gewaltandrohung und Gewaltanwendung in zum Teil menschenverachtender Form und dies ist für die rechte Szene nach wie vor von enormer Bedeutung.

Die dabei weiterhin auf hohem Niveau vorhandene Gewaltbereitschaft rechtsorientierter Täter und das Inkaufnehmen von schweren körperlichen Schäden unterstreicht die anhaltende Bedrohung durch den Rechtsextremismus nachdrücklich.

Leider müssen wir auch für Sachsen-Anhalt eine derartige Entwicklung verbuchen, die seit den 1990er-Jahren auf einem sehr hohen Niveau verläuft. Ihnen dürfte sicherlich das eine oder andere Beispiel vor Augen stehen.

Der weit überwiegende Teil der parteigebundenen Rechtsextremisten ist in der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) organisiert; das sind etwa 6 000 (2012) Personen.

Andere rechtsextremistische Parteistrukturen sehe ich derzeit in Sachsen-Anhalt nicht. Die Entwicklung der Partei DIE RECHTE scheinen an Sachsen-Anhalt (noch) vorbeizugehen. Gleichwohl kann die eingeschlagene Strategie und Taktik auch in Sachsen-Anhalt Raum greifen, aber dazu bedürfte es Führungskader, die bereit sind, sich Neuem zu stellen. Die sehe ich gottlob in unserem Bundesland nicht.

Der Neonaziszene in Sachsen-Anhalt gehören etwa 330 Rechtsextremisten an, die mehrheitlich kameradschaftlich organisiert sind. Die Mitglieder

der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) werden ausschließlich der Neonaziszene zugerechnet. Die JN selbst hat rund 50 Mitglieder (2012).

Bundesweit gehören dieser Szene derzeit zirka 6 000 Neonazis an.

Zu den bedeutenden NPD-Aktivitäten gehört die Teilnahme an Wahlen. Die NPD subsumiert diese Parteiarbeit im Rahmen ihres ideologischen Säulenkonzeptes unter dem Slogan „Kampf um die Parlamente“.

Die NPD fuhr bei der kürzlich stattgefundenen Bundestagswahl ein eher unterdurchschnittliches Ergebnis ein. Gegenüber der Wahl von 2009 verlor sie absolut sogar ein Drittel ihrer Wähler, konnte sich aber rund 400 000 Euro Wahlkampfkostenrückerstattung sichern. Inhaltlich konzentrierte sich die Partei auf das Thema „Euro-Ausstieg“ und versuchte mit ihrer „Anti-Überfremdungskampagne“ zu punkten.

Ich halte es auch für wichtig, immer wieder klar die ideologischen Elemente des Rechtsextremismus herauszuarbeiten, um damit die verfassungsfeindliche Zielrichtung von Parteien und Gruppierungen schärfer ins Bewusstsein zu rücken. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass rechtsextremistisches Tun in der Berichterstattung ausschließlich am konkreten Beispiel, an einer konkreten Situation, erklärt wird, eine Demonstration dort, ein Fest hier, ein Parteitag in ... Dies so zu tun ist ja richtig, reicht aber nicht aus. Den Bürgerinnen und Bürgern müssen auch weltanschauliche Inhalte nahe gebracht werden, damit die Abgrenzung zwischen nicht hinnehmbarem Extremismus und von der Meinungsfreiheit getragenen Gedankengut deutlicher wird.

Ziel der NPD ist zum Beispiel die Schaffung eines homogenen und autoritären, gleich geschalteten Staates, der unter Missachtung der Menschenrechte und -würde ausschließlich dem deutschen Volk dienen soll.

Die Elemente unseres Rechtsstaates wie Interessenvielfalt, Pluralismus, Gleichheit vor dem Gesetz und auch die bereits erwähnten universellen Menschenrechte sind im völkischen Staatswesen der NPD nicht vorgesehen.

Für Sachsen-Anhalt können wir uns derzeit ausschließlich auf die NPD konzentrieren. Alternativen gibt es nicht.

Wie stellt sich die NPD in Sachsen-Anhalt derzeit dar?

Die NPD in Sachsen-Anhalt hat sich in den letzten zwei Jahren zu einer eher durchschnittlichen rechtsextremistischen Kraft in Sachsen-Anhalt entwickelt. Durch den Rückzug ehemaliger neonazistischer Kader wie Matthias HEYDER, Matthias GÄRTNER, Philipp VALENTA oder auch Michael SCHÄFER agiert der etwa 250 Personen umfassende und in elf Kreisverbänden strukturierte Landesverband verhalten und unauffällig.

Landesvorstand und Kreisverbände fallen nicht direkt durch Tatendrang und Kreativität auf.

Aber: Sachsen-Anhalt gilt wohl als ein attraktiver Veranstaltungsort für übergeordnete bundesweite Aktivitäten.

In Berga (Landkreis Mansfeld-Südharz) versammelten sich am 10. August diesen Jahres rund 900 Rechtsextremisten aus ganz Deutschland

in einem Gewerbegebiet zu einer Veranstaltung unter dem Motto „In Bewegung – Das politische Fest der Nationalen – Dem demografischen Wandel entgegentreten“. Angemeldet wurde die Zusammenkunft von einem Thüringer NPD-Funktionär. Seitens der NPD traten mit Udo VOIGT und Udo PASTÖRS namhafte NPDler auf. Die Redebeiträge wurden mit Auftritten des Liedermachers Frank RENNICKE und weiteren renommierten Bands wie „Oidoxie“ aus Nordrhein-Westfalen oder „Kraftschlag“ aus Sachsen-Anhalt umrahmt. Diese Vorgehensweise ist zum Beispiel ein Ausdruck des von der NPD ausdrücklich gewollten Brückenschlags zur neonazistischen Szene der so genannten Freien Kräfte. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass die Kooperation von NPD mit Neonazis ein sehr wichtiges Argument im Verbotsverfahren darstellt.

Es ist augenfällig, dass sie eine Ideologie des Nationalsozialismus als historisches Referenzmodell befürwortet und lebt. Der offene Kampf der NPD gegen die universelle Geltung der Menschenrechte und die Propagierung einer Ideologie der rassistisch begründeten Volksgemeinschaft belegen diese Entwicklung.

Trotz punktueller Erfolge bei Kommunalwahlen im Vergleich zu anderen Bundesländern ist es der NPD in Sachsen-Anhalt nicht gelungen, sich in der Gesellschaft zu etablieren. Gleichwohl bemüht sich die Landes-NPD, einen Wählerstamm aufzubauen, indem sie z. B. die soziale Frage ins Zentrum ihrer fremdenfeindlichen, antikapitalistischen und antisemitischen Agitation rückt.

Als einzige der rechtsextremistischen Parteien verfügt die NPD unter Einbeziehung neonazistischer Ideologieelemente über eine System über-

windende Programmatik, die sie auch für Neonazis attraktiv erscheinen lässt. Die NPD vertritt fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Positionen und versteht sich als Fundamentalopposition zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Die gewollte „Systemüberwindung“ soll mit unterschiedlichen Mitteln und Methoden, Strategien und Taktiken realisiert werden. Am Ende soll die Demokratie durch ein autoritäres politisches System ersetzt werden, das nicht von der Zustimmung der Bevölkerung abhängig ist, sondern auf naturwissenschaftlich-biologischen Grundlagen und einer nationalsozialistischen Weltanschauung beruht.

Die NPD-Ideologen entwickelten hierfür Ende der 1990er-Jahre zur Umsetzung ihrer Ziele das so genannte Säulen-Konzept. Hierzu gehören der „Kampf um den organisierten Willen“, der „Kampf um die Straße“, der „Kampf um die Köpfe“ und der „Kampf um die Parlamente“.

Die Teilnahme an Wahlen wird auch in Zukunft zu einem Hauptaktionsfeld rechtsextremistischer Parteien gehören. Die Verankerung auf kommunaler Basis ist für rechtsextremistische Parteien, insbesondere für die NPD, ein wichtiger Bestandteil ihrer Strategie und Taktik geworden.

Mit Stand 30. Juni 2009 hat die NPD in kommunalen Vertretungen 30 Mandate inne. Die Mandate werden in unterschiedlicher Intensität wahrgenommen; dies hängt in erster Linie von den intellektuellen Fähigkeiten des jeweiligen Mandatsträgers ab.

Schon jetzt sensibilisiert die Partei ihre Anhänger

für das „Superwahljahr“ 2014. In Sachsen-Anhalt stehen Kommunalwahlen an. Es bleibt abzuwarten, wie der Wahlkampf um kommunale Mandate geführt wird. Ohne Unterstützung von außen (Mutterpartei, Kameradschaftsszene) wird dies ein sehr schwieriges Unterfangen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie ich bereits erwähnte, ist der Brückenschlag zwischen NPD und den kameradschaftlich organisierten Neonaziszene auch in Sachsen-Anhalt vollzogen worden.

Der Stellenwert der neonazistischen Kameradschaften für den Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt lässt sich zum einen an der strukturellen Verankerung und dem Personenpotenzial und zum anderen am politischen Handeln ablesen.

Nach dem Verbot der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) im Jahr 1995 bildeten sich in der Bundesrepublik Deutschland eine Vielzahl neonazistischer Kameradschaften heraus.

Die Kameradschaften prägten in den 1990-er Jahren das Bild des Rechtsextremismus auch in Sachsen-Anhalt. In fast allen Regionen unseres Bundeslandes existierten derartige Kameradschaftsverbände, die in der Regel eine lokale oder maximal regionale Ausdehnung besaßen.

Im Jahr 2005 wurde in Sachsen-Anhalt der Landesverband der NPD-Jugendorganisation, die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), gegründet. Deren Funktionäre gewannen die JN-Mitglieder wiederum aus den Kameradschaften. An Kameradschafts-Standorten wurden so genannte

JN-Stützpunkte installiert. Teile der ehemaligen Kameradschaften in Halle (Saale) und Magdeburg gingen in den „JN“ auf. Einige Kameradschaften, wie z. B. in der Altmark oder in der Region Sangerhausen und andernorts, wollten ihre Unabhängigkeit von NPD und „JN“ erhalten und agieren autark oder arbeiten allenfalls anlassbezogen mit der NPD/JN zusammen.

Nach der etwa 5jährigen Aufbauphase der JN setzte bei den Funktionären ab 2011 Ernüchterung ein. Ein flächendeckender Aufbau von Stützpunkten im Land schlug fehl. Die Gesamtmitgliederzahl überstieg nie die 50-Personen-Grenze. Nur wenige öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen wurden auf die Beine gestellt.

Als herausragender JN-Vertreter aus Sachsen-Anhalt ist der Bundesvorsitzende Andy KNAPE aus Magdeburg zu nennen. KNAPE ist sehr rührig und kann als sehr gut vernetzt gelten.

Heute sind die JN nicht mehr wahrnehmbar, Stützpunkte sind nur noch bloße Interneteintragen, der Landesvorsitzende inaktiv. Das Blatt in diesem Bereich hat sich zugunsten der Freien Nationalisten gewendet.

Der neonazistischen Kameradschaftsszene in Sachsen-Anhalt werden etwa 330 Personen zugerechnet; eine Anzahl, die seit Jahren stabil ist. Weshalb bieten Kameradschaften für diejenigen Rechtsextremisten eine Alternative, die sich vor einer Parteienbindung scheuen?

Kameradschaften sind in der Regel lokal koloriert und bieten daher ihren Angehörigen die Möglichkeit, sich in und für ihre jeweilige Region rechtsextremistisch zu engagieren.

Kameradschaften fördern somit auch eine Ortsansässigkeit von Rechtsextremisten.

Kameradschaften können auf Grund ihrer vermeintlichen oder tatsächlichen Unverbindlichkeit noch nicht rechtsextremistisch gefestigte Personen besser an sich binden als Parteien oder Organisationen.

Kameradschaften indoktrinieren Jugendliche und Heranwachsende mit neonazistischem Gedankengut und tragen wie rechtsextremistische Parteien und Organisationen – zwar im geringeren Umfang – zur politischen Willensbildung bei.

Wie sich die Struktur in diesem Bereich darstellt, können Sie unserem Jahresbericht entnehmen. Nur so viel jedoch:

Neben den kameradschaftsähnlichen Gruppenstrukturen, die sich neuerdings Aktionsgruppen (AGs) nennen agieren in Sachsen-Anhalt Neonazis, die nicht unbedingt eine direkte Gruppenstruktur benötigen, aber überregionale Kontakte unterhalten. Hierzu gehören Andreas BIERE, Jens BAUER, Steffen JENRICH, Steffen HUPKA.

An dieser Stelle möchte ich auf die Person Steffen HUPKA eingehen, weil dieser ein relativ aktuelles Heft namens „Neuer Weg“ herausgebracht hat. Diese Schrift ist ein anschauliches Beispiel für die Fortentwicklung neonazistischer Programmatik, die HUPKA vor Jahrzehnten begann und in den 1990er-Jahren im Periodikum „Umbruch“ gipfelte.

Zur Schrift:

Dem Impressum bzw. Klappentext ist zu entnehmen, dass HUPKA das Manuskript für diese Schrift Ende 2010 im Gefängnis in Magdeburg geschrieben hat.<sup>1</sup>

Hinsichtlich der Entstehungsgeschichte und des Sujets fallen Parallelen zu Hitlers „Mein Kampf“ auf. Hitler schrieb 1924 den ersten Teil von „Mein Kampf“ während seiner Festungshaft in der Haftanstalt Landsberg im oberbayerischen Landsberg am Lech. Auch Hitler bescheinigte der völkischen Bewegung völlige Erfolglosigkeit. HUPKA bezeichnet die Bewegung als „Nationales Lager“ und „Nationale Bewegung“.

Der Text ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil widmet sich HUPKA der Analyse der „nationalen Bewegung“ in der Gegenwart, um dann im zweiten Teil eine Alternative für den revolutionären Kampf aufzuzeigen. HUPKA führt mit dem „Neuen Weg“ seine weltanschaulichen Ideen, die er mit der „Revolutionären Plattform“ begann, fort.

HUPKA umreißt schon im Vorwort seine Absicht, die er mit dieser Schrift verfolgt. HUPKA will eine Analyse der gescheiterten nationalen Bewegung vornehmen und macht die Entwicklung der letzten Jahrzehnte an seiner Person fest. Es handelt sich also bei diesem Text um eine Zustandsbeschreibung der rechtsextremistischen Szene aus der Binnenperspektive.

Er beklagt das Fehlen einer „revolutionären Bewegung“ und fordert neue Taten, die auch in der „nationalen Bewegung“ Opfer fordern wird.

<sup>1</sup> Die Staatsanwaltschaft Erfurt verurteilte Steffen HUPKA mit dem Tatvorwurf der Bedrohung am 07.04.2004 zu einer Freiheitsstrafe von 4 Monaten. Die Haftstrafe verbüßte HUPKA vom 29.09.2010 – 05.10.2010 in der JVA Volkstedt und vom 06.10.2010 – 15.11.2010 in der JVA Magdeburg.

Das Vorwort hat appellierenden Charakter. HUPKA fordert Einigkeit der „Bewegung“, die Überwindung von Egoismus und Streit.

Der Autor wählt folgende Ausgangsthese: „Die Bereitschaft der Menschen, konsequent und radikal gegen diesen Staat vorzugehen, nimmt ständig ab. Was nicht bedeutet, dass die Zahl derer, die dieses System ablehnen auch entsprechend weniger wird. Im Gegenteil...“

Im Kapitel „Die Lage unseres Volkes“ beschreibt HUPKA die Situation des deutschen Volkes aus einer biologistischen Sicht. HUPKA sieht in der demografischen Entwicklung, im Verlust des Soldatischen und in einer permanenten Umerziehung des Volkes z.B. durch die Massenmedien Ursachen für die fehlende revolutionäre Bereitschaft. „Die Verdummung und Degeneration werden also weitergehen, genauso wie das biologische Aussterben unseres Volkes.“

Dieser Entwicklung, so der Autor könne man nur durch eine „völkische weltanschauliche Erneuerungsbewegung, die einen Machtwechsel herbeiführt“, begegnen.

HUPKA meint, dass die Demokratie der Vertuschung eines „materialistisch-kapitalistische Herrschaftsziels“ diene und die „Vernichtung der weißen Völker“ durch Methoden wie „Rassenvermischung, Geburtenschwund, Naturzerstörung, Vergiftung von Lebensmitteln und Lebensraum, Zerstörung von Seele, Geist und genetischer Gesundheit“ herbeigeführt werde.<sup>2</sup> „Dem gleichen Zweck dient die Vermischung von Völkern.“

<sup>2</sup> Ebenda, S. 19.

Nachfolgend werden die wichtigsten Aussagen HUPKAs zum Zustand des „Nationalen Lagers“ (NL) unkommentiert wiedergegeben:

HUPKA teilt das NL in politische, kulturelle und religiöse Richtungen oder in „Suchende“ (ausgewählte Minorität in der NL) und „Angekommene“ (Mehrheit des NL) ein.

Antrieb des NL-Handelns sei kein Idealismus, sondern Egoismus.

„Das politische NL ist im wesentlichen ein Abbild der Gesellschaft. Es ist keine Auslese der Besten ...“

„Das politische NL besteht aus vielen kleinen und großen Gruppen und Einzelaktivisten. Die meisten unterscheiden sich in ihrem politischen, weltanschaulichen, strategisch-taktischen Auftreten und Wollen nicht entscheidend voneinander.“

„NPD und DVU werden dem nationalen Lager zugerechnet, sind aber schon lange vom Gegner derart unterwandert, dass er die ‚Politik‘ dieser Parteien bestimmt.“

Die NL habe keinen überragenden Führer. Das NL sei nicht durch das Führerprinzip gekennzeichnet, sondern vielmehr durch demokratische Grundsätze.

Die Teilnahme an Wahlen sei Vergeudung von Zeit und Energie.

Im NL herrschten Lüge, Verrat, Diebstahl, Feigheit u. a. genau wie in der übrigen Gesellschaft vor.

„Die Vertreter des NL sind nicht mehr in der Lage, in anderen Kategorien zu denken, weil sie selbst

geistig längst ein Teil dieses Systems geworden sind.“

Der zweite Teil HUPKAs Schrift befasst sich zum einen mit der Frage „Was ist ein revolutionärer Mensch?“ und zum anderen mit der Schaffung einer revolutionären Elite in Form einer „nationalen Wehr- und Siedlungsgemeinschaft“, die „in einer unerschütterlichen nationalsozialistischen Weltanschauung“ begründet ist, sich durch eine „unbedingte Opferbereitschaft bis zum Tod“ auszeichnet und als Voraussetzung eine „rassistische Zugehörigkeit zu den germanischen Völkern hat und über eine genetische Gesundheit verfügt.

Im Kapitel „Tagebuch: Eine Woche in unserem Dorf“ beschreibt der Autor fiktiv den Ablauf im Wehrdorf.

Die Schrift endet mit einem politischen Lebenslauf Steffen HUPKAs, seinem Bekenntnis zur nationalsozialistischen revolutionäre Weltanschauung, seinem Scheitern in und mit der rechtsextremistischen Szene.

HUPKA hat sich eigenem Bekunden zufolge aus organisatorischen Zusammenhängen des „NL“ zurückgezogen. Er halte nur noch zu wenigen Einzelpersonen Kontakt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Rechtsextremistische Erscheinungsformen, die ich soeben etwas näher qualifiziert habe, leben nicht isoliert von der übrigen Gesellschaft. Sie leben in ihren Regionen und unterliegen einer starken Regionalität. Sie nutzen natürlich entdeckt oder unentdeckt die Infrastruktur im Kultur- und Freizeitbereich. So werden wir auch in Zukunft

Berichte über Rechtsextremisten zur Kenntnis nehmen müssen, die eben solche Vorkommnisse zum Inhalt haben. Rechte in Fußballvereinen und -stadien oder in Feuerwehren und Heimatvereinen. Dies ist natürlich aufmerksam zu beobachten und der Staat muss immer dann eingreifen, wenn Strafgesetze berührt oder junge Menschen mit verfassungsfeindlichen Ideen indoktriniert werden.

Das kann zu einem ernsthaften Problem heranwachsen, wenn die Verantwortlichen in den eben genannten Bereichen mögliche Entwicklungen nicht erkennen oder verschlafen.

Das Ministerium für Inneres und Sport nimmt zum Beispiel mit Polizei und Verfassungsschutz an der Arbeit des Runden Tisches gegen Gewalt im Fußball aktiv teil.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie bereits in meinen vorherigen Ausführungen anklang, hat sich die Musik in der rechtsextremistischen Szene ebenfalls in den letzten fünf bis zehn Jahren nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ stark weiterentwickelt und umfasst eine sehr große Anzahl von Musikrichtungen.

Gegenwärtig sind in Sachsen-Anhalt zehn Bands und drei Liedermacher aktiv.

Rechtsextremistische Musik umfasst also weit mehr als nur die allseits bekannte „Skinhead-Musik“. In ihr finden sich die unterschiedlichsten Musikstile von der Skinheadmusik über Rock, Pop, Schlager und Volkslieder bis hin zum Heavy Metal oder Black Metal wieder.

Zu rechtsextremistischer Musik werden Lieder allerdings nicht wegen ihrer Stilrichtung, sondern aufgrund ihrer Texte. Darin wird sich zu einer diffusen „arisch-nordischen Rassenideologie“, die alles Fremde ablehnt, bekannt. Die Texte beinhalten widerwärtige Verunglimpfungen bestimmter Volksgruppen, Religionsgemeinschaften oder Minderheiten, und es wird zur Gewalt gegen Andersdenkende bzw. Andersfarbige aufgerufen. Die Texte reflektieren in unverhüllter Weise einen in der Szene vorherrschenden Ausländer- bzw. Fremdenhass. Ferner wird die Zeit des Nationalsozialismus unverhohlen glorifiziert.

Es werden aber auch Gemeinschaftswerte, welche für den „rechten Empfänger“ in diesem Zusammenhang als „positive Werte der Subkultur“ anzusehen sind, wie Kameradschaft, vaterländische Ehre oder Tugenden, namentlich Tapferkeit, Treue und Ordnung besungen. Die Liedtexte beinhalten somit stets ideologische Elemente und vermitteln ein einseitiges, oberflächliches Weltbild, geprägt von Rassismus und Hass auf alles Fremde. Sie dienen stets dem Ziel, den Fremden, Andersdenkenden zu dem zu machen, was dieser für den „Rechten“ ist – zuerst ein Feind und zuletzt kein Mensch.

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus diesem Grund wird es mit zunehmender Zeit zwangsläufig auch nicht leichter werden, bestehende und verfestigte, rechte Strukturen aufzubrechen. Rechtsextreme Strömungen müssen deshalb frühzeitig wahrgenommen werden, zumal der Rechtsextremismus neuen Typs mehrere Elemente umfasst, die sich gegenseitig bestärken.

So haben rechte Aktivitäten im kulturellen und sozialen Bereich an Bedeutung gewonnen und rechte Jugendliche setzten auf Trend, gelten als „cool“. Oft wird heutzutage keine neue Jugendkultur mehr geschaffen, vielmehr wird versucht, vorhandene Formen zu nutzen, zu antizipieren oder aber in Lücken zu stoßen, die andere gelassen haben, insbesondere im ländlichen Bereich.

Für die Sicherheitsbehörden bedeutet dies in erster Linie, dass der Verfolgungsdruck auf hohem Niveau gehalten werden muss, um die rechtsextremistische Szene weiter zu verunsichern und zu destabilisieren. Weiterhin muss die Zusammenarbeit von Polizei, Verfassungsschutz und Zivilgesellschaft auf kommunaler Ebene weiter intensiviert werden.

Also, in der Praxis müssen präventive und repressive Strategien angewendet werden.

Zu den präventiven Strategien gehören:

- Aufklärung
- Information der Bürger
- Politisch-argumentative Auseinandersetzung mit dem rechtsextremistischen Gedankengut und seinen Propagandisten
- Unterstützung von Projekten der politischen Bildung und des bürgerlichen Engagements
- Stärkung der demokratischen Kultur auf der Grundlage der freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Folgende repressive Strategien möchte ich nennen

- Konsequente Verfolgung rechtsextremistischer Aktivitäten durch die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden

- Effektive Aufklärung rechtsextremistischer Strukturen
- Zusammenarbeit der Behörden von Bund und Ländern im Sinne einer ganzheitlichen Bekämpfungsstrategie
- Konsequente Ausschöpfung aller rechtlichen und taktischen Möglichkeiten bei besonders niedriger Einschleitschwelle.

Rechtsextremisten spüren den Druck von Repression und Prävention sehr deutlich und versuchen diesem immer wieder auszuweichen. Zum Beispiel, in dem sie ihre Veranstaltungen geheim und konspirativ planen und von Sicherheitsbehörden und Öffentlichkeit unbemerkt auch durchführen.

Gern stellen sie ihr Tun auch in den Kontext der NPD, nutzen ihre Logistik, ihre juristische Begleitung oder ihre Immobilien.

Gerade die Bereitstellung privater Immobilien von Szeneangehörigen bereitet den Sicherheits- und Ordnungshütern in den letzten Jahren erhebliche Schwierigkeiten.

Das Ausweichen in den privaten Raum setzt insbesondere polizeilichem Handeln nach den Sicherheits- und Ordnungsgesetzen (SOG) Grenzen.

Solche Beispiel kennen wir auch aus Sachsen-Anhalt

Das private Wohnobjekt des Enrico MARX in Sotterhausen (Landkreis Sangerhausen) stellt seit Jahren – einen Anlaufpunkt der rechtsextremistischen Szene dar.

Ich möchte auch auf eine zu diesem Thema inzwischen veröffentlichte Parlamentarische Anfrage verweisen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

natürlich gibt es noch andere Themen im Bereich Rechtsextremismus. Die uns interessieren. Da wären zum Beispiel die vielfältigen Aktivitäten der verschiedenen Kommissarischen Reichsregierungen zu nennen, die alle dem so genannten Reichsgedanken nachhängen. Stellvertretend möchte ich hier das kürzlich ausgerufenen „Königreich Deutschland“ in der Lutherstadt Wittenberg nennen. In derart gelagerten Fällen kommt es darauf an, ob tatsächliche Anhaltspunkte für ein verfassungsfeindliches Agieren vorliegen oder ob nur krude und esoterisch angehauchte Auffassungen ohne Extremismusbezug vorliegen.

Aber ich betone zum Abschluss meiner Ausführungen nochmals, dass der Beobachtung des gewaltbereiten Rechtsextremismus und dem Erkennen rechtsterroristischer Entwicklungen absolute Priorität beizumessen ist, denn auch Sachsen-Anhalt ist in dieser Frage kein weißer Fleck.

Deshalb ist es ein Muss, vertrauensvoll mit Polizei und Staatsanwaltschaften zusammenzuarbeiten und uns aktiv in die Gemeinsamen Abwehrzentren des Bundes und der Länder einzubringen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

## „Rechtsextremismus im Wandel“

**Wolfgang Freter,**

*Referatsleiter im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport,  
Abt. Verfassungsschutz*

*Es gilt das gesprochene Wort!*



Die heutige Veranstaltung führt Vertreter verschiedener Behörden und Institutionen mit dem Ziel zusammen, eine Bestandsaufnahme des Rechtsextremismus vorzunehmen, um auf dieser Grundlage über geeignete Präventionsmaßnahmen nachzudenken. Einer Illusion sollten wir dabei nicht unterliegen, dem Glauben, den Rechtsextremismus eliminieren zu können. Die Sozialwissenschaften können Faktoren aufzeigen, die das Entstehen und die Ausbreitung des Rechtsextremismus begünstigen, sie können sich ideologiekritisch mit rassistischen Theorien auseinandersetzen, sie können Wirkungszusammenhänge analysieren, aber sie werden niemals mit letzter Sicherheit erklären können, warum sich einzelne Menschen zu Rechtsextremisten entwickeln. Es mag befremden, aber wir sollten uns auch den Rechtsextremisten als ein selbstbestimmtes Wesen vorstellen, das bestrebt ist, seiner Existenz und seiner Stellung in der Gesellschaft Sinn und Bedeutung zu verleihen. Das allerdings geschieht unter Verstoß gegen die normativen Grundlagen einer demokratischen Gesellschaftsordnung und darf uns deshalb nicht gleichgültig lassen.

„Der Mensch mit seinen Erbanlagen ist für politischen Missbrauch anfällig“, hat Konrad Lorenz in einem Interview gesagt. (Der Spiegel, Nr. 45/1988,

S. 263) Wenn wir seine Skepsis gegenüber der menschlichen Natur teilen, kann es nur das Ziel geben, den Rechtsextremismus einzuhegen. Zu besiegen ist er nicht.

Ich will über den Wandel des Rechtsextremismus in den letzten 15 Jahren sprechen. Einen Schwerpunkt meiner Ausführungen werden die häufig vernachlässigten ideologischen Entwicklungstendenzen bilden.

Drei Einsichten werden meinen Vortrag leiten:

- Rechtsextremismus ist als ein Teil der Gesellschaft zu betrachten. Er vollzieht den gesellschaftlichen Wandel in seinen Ausdrucksformen und in seinen Kampagnenfeldern, nicht aber in seiner ideologischen Grundstruktur mit.
- Der Rechtsextremismus weist starke regionalspezifische Differenzen auf. Die Ausgestaltung der Zentralstellenfunktion des Bundesamtes für Verfassungsschutz muss sich hieran orientieren.
- Es gibt eine immanent weiterentwickelte antiindividualistisch ausgerichtete Philosophie des Denkens in Ungleichheitskategorien. Sie

bildet eine unterschätzte ideologische Konstante unabhängig von politischen Erfolgen rechtsextremistischer Organisationen. Über ihre Wirkmächtigkeit entscheiden politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

### **Organisatorische Entwicklung des Rechtsextremismus**

Im Jahr 2000 registrierten die Verfassungsschutzbehörden 50 900 Rechtsextremisten, 2012 nur noch 22 150. Das rechtsextremistische Personenpotenzial hat sich also im Zeitraum von 12 Jahren mehr als halbiert. Nicht nur wegen der Morde des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds sei davor gewarnt, diese Entwicklung als eine Erfolgsgeschichte zu bewerten. Rein quantitative Angaben blenden konkrete Entwicklungen aus. Die Zahlenangaben der Verfassungsschutzbehörden sind grundsätzlich nur wenig geeignet, den Rechtsextremismus in allen seinen gesellschaftlichen und politisch empfundenen Dimensionen widerzuspiegeln. Als Indikator für die wachsende Bedeutung des Internets sowie für Veränderungen und Trends zur Radikalisierung und Professionalisierung taugen sie nicht. Erschwerend kommt hinzu, dass die öffentliche Wahrnehmung des Rechtsextremismus und die nach gesetzlichen Kriterien erfolgende Erfassung durch den Verfassungsschutz nicht deckungsgleich sind. Fremdenfeindliche Einstellungen und rechtspopulistische Strömungen, die für den politischen Diskurs über Rechtsextremismus einen hohen Stellenwert haben, werden nicht erfasst.

#### Parteienbereich

Die Entwicklung des von den Verfassungsschutz-

behörden von 2000 bis 2012 ausgewiesenen Personenpotenzials lässt übersehen, dass sich der Rechtsextremismus im gleichen Zeitraum strukturell verändert und professionalisiert hat. Der Rückgang resultiert aus den Veränderungen im Parteienbereich. Die DVU mit damals 17 000 Mitgliedern existiert nicht mehr und die Republikaner mit ehemals 13 000 Mitgliedern werden nicht mehr beobachtet. Übrig geblieben ist die ungleich radikalere NPD. Sie zählte damals 6 500 Mitglieder, aktuell dürfte ihre Mitgliederzahl unter 6 000 liegen.

Aus diesem Mitgliederrückgang sollten keine voreiligen Schlüsse in Hinsicht auf die Sinnhaftigkeit des geplanten NPD-Verbotsverfahrens gezogen werden. Die NPD ist nach einhelliger Meinung der Verfassungsschutzbehörden keineswegs existentiell bedroht. Sie ist seit fünfzig Jahren eine feste Größe des deutschen Rechtsextremismus. Dementsprechend verfügt sie in allen Regionen Deutschlands über gewachsene Organisationsstrukturen, die sie jederzeit reaktivieren kann. Den Tiefpunkt ihrer Entwicklung in den 1980er Jahren hat sie nur ein Jahrzehnt später durch die Öffnung für Angehörige der neonazistischen Szene überwunden. Die Aktionseinheit mit der neonazistischen Szene besteht trotz des angestrebten Verbotsverfahrens fort. Bei Veranstaltungen wie dem von der norddeutschen Neonazi-Szene am 1. Juni in Wolfsburg durchgeführten sogenannten „Tag der deutschen Zukunft“ wird sie öffentlich zelebriert.

Mit der Partei Die Rechte existiert seit September letzten Jahres eine neonazistische Konkurrenzpartei. Gründer der Partei ist der aus Hamburg stammende, jetzt in Mecklenburg wohnhafte Neonazi Christian Worch. Den organisatorischen Schwer-

punkt bildet der Landesverband Nordrhein-Westfalen, der von Angehörigen der im letzten Jahr vom nordrhein-westfälischen Innenminister verbotenen neonazistischen Kameradschaften beherrscht wird. Der neuen Partei gehören zurzeit ca. 400 Mitglieder an, die sich auf zur Zeit sechs Landesverbände verteilen.

Derzeit sieht es nicht so aus, als ob Die Rechte bestrebt ist, sich auf Parteiebene zu einer ernsthaften Konkurrenz für die NPD zu entwickeln. Vielmehr deutet sich eine neue organisatorische Entwicklung im neonazistischen Bereich an mit der Partei Die Rechte als Dachorganisation für verbotene oder von einem Verbot bedrohte neonazistische Zusammenschlüsse. Im Falle eines NPD-Verbots stünde diese Auffangstruktur auch ehemaligen NPD-Mitgliedern zur Verfügung.

Als weiteres neues Beobachtungsobjekt im Parteienbereich ist Pro NRW anzuführen. Pro NRW bewegt sich an der Schnittstelle zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus und ist programmatisch in der Tradition der Partei Die Republikaner einzuordnen. Es dominiert eine ausgeprägte islamfeindliche Ausrichtung. Hier auf wird noch zurückzukommen sein.

### Neonazismus und Subkultur

Die für die Bewertung des Rechtsextremismus gravierendste Veränderung vollzog sich im Bereich der neonazistischen Szene. Auf Bundesebene war von 2000 bis 2012 ein kontinuierlicher Anstieg des neonazistischen Personenpotenzials von 2 200 auf 6 000 Neonazis zu registrieren. Stark differierende Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern verdeutlichen auch in diesem Bereich die regional-spezifische Ausprägung des Rechtsextremismus.

Sie erschwert zugleich generalisierende Bewertungen des Rechtsextremismus in Deutschland. Dies wird bei der Erstellung von Bundeslagebildern zu berücksichtigen sein, sollen sie mehr sein als eine rein quantitative Erhebung. Ohne Berücksichtigung ideologischer Entwicklungen und ohne gesellschaftliche und politische Kontextualisierung wird ihre Aussagekraft gering sein.

Parallel zum Anstieg des neonazistischen Personenpotenzials ist seit einigen Jahren ein Wandel von starren Organisationsformen zu informellen und aktionsorientierten Erscheinungsformen festzustellen. Die Entwicklung folgt damit einem gesamtgesellschaftlichen Trend hin zum temporären organisationsunabhängigen politischem Engagement. Das Stichwort Wutbürger charakterisiert diese Entwicklung.

Die Neonazi-Szene ist mittlerweile von ritualisierten Formen der Betätigung, z. B. Kameradschaftsabende, weitgehend abgerückt und nimmt, hierin ihrem ideologischen Selbstverständnis folgend, immer stärker die Form einer auf das Ziel der Volksgemeinschaft verpflichteten Bewegung an. Der bundesweit agierende Hildesheimer Neonazi Dieter RIEFLING verlieh diesem Selbstverständnis als Redner während des „Tages der deutschen Zukunft“ in Wolfsburg mit folgenden Worten Ausdruck:

„Jeder deutsche Volksgenosse ist eingeladen und vor allen Dingen auch aufgerufen, sich für die Zukunft unseres deutschen Volkes einzusetzen. Beim Tag der deutschen Zukunft gibt es keine Parteiengrenzen und Gruppenegoismen. Die Rednerliste ... ist ein Spiegelbild unserer Bewegung.“

Zwischen den Veränderungen im Neonazi-Bereich und den Veränderungen im subkulturellen Bereich des Rechtsextremismus besteht ein enger Zusammenhang. Je mehr Elemente der subkulturellen Szene der Neonazismus aufnahm, desto stärker verlor die subkulturelle Szene an eigenständiger Bedeutung, am deutlichsten ablesbar am fast vollständigen Verschwinden von Skinheads aus dem Straßenbild. Die Grenzen zwischen beiden Bereichen sind zusehends verschwommen. Eine Unterscheidung nach trennscharfen Kriterien wird immer schwieriger. Das Kategoriensystem der Verfassungsschutzbehörden zur Erfassung des rechtsextremistischen Personenpotenzials muss deshalb überdacht werden.

### Internet

Der Jugendforscher Klaus Hurrelmann äußerte sich in einem Interview mit ARD-Online am 14.09.2009 über die immense Bedeutung des Internets für Jugendliche wie folgt:

„Ein ganz wichtiges Betätigungsfeld ist das Internet als das Leib- und Magenmedium der jungen Generation. Hier tauschen die Jüngeren zunehmend auch ihre politischen Ansichten aus. Deshalb sind künftige politische Strömungen im Web zuallererst wahrnehmbar.“ ... „Wir werden neue Formen der politischen Meinungsbildung und damit der politischen Entscheidungen haben – flexibler, offener, unberechenbarer, aber damit auch urdemokratischer.“

Wenn man sich den zwischenzeitlichen Aufstieg der Piraten in Erinnerung ruft, dann waren diese Worte prophetisch. Der uneingeschränkte Optimismus, der aus Hurrelmanns Einschätzung

spricht, aber scheint gewagt. Hurrelmann übersieht, dass das Internet auch Extremisten neue Möglichkeiten der Darstellung und Propaganda eröffnet. Es ist das einzige Massenmedium, über das Rechtsextremisten nahezu ungefiltert ihre Positionen verbreiten können. Hetzerische Darstellungen und Propagandavideos finden einen Verbreitungskreis, der weit über das von den Verfassungsschutzbehörden registrierte rechtsextremistische Personenpotential hinausreicht. Überdies können sich im Internet aus der Anonymität heraus auch diejenigen zu Wort melden, die eine rechtsextremistische Grundhaltung aufweisen, ohne jemals in rechtsextremistischen Zusammenhängen aufzutreten. Ein Beispiel hierfür sind islamfeindliche Foren.

Jungen Menschen ist es ein Leichtes, auf virtuellem Weg in Kontakt zu Gesinnungsgenossen zu treten und, sozial weitgehend unkontrolliert, einen permanenten Austausch zu pflegen. Die Erfahrungen der niedersächsischen Aussteigerhilfe zeigen, dass es sich hierbei um keine Vermutung, sondern um die Realität handelt.

Das Internet, so lässt sich festhalten, enthält alle Ingredienzen für einen giftigen geistigen Cocktail. Wohin dies führen kann, zeigt der Fall des norwegischen Rechtsterroristen Anders BREIVIK, der das Manifest 2083, mit dem er seine Mordtaten begründete, aus Internet-Funden kompilierte.

### Ideologische Entwicklung

Unter Rechtsextremismus wird nach allgemeiner Auffassung eine Ideologie der Ungleichheit im Sinne der Ungleichwertigkeit von Menschen verstanden. Ungleichheit nicht in rechtlicher,

sondern in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht ist real, sie ist sogar durchaus als Leistungsanreiz gewünscht. Die Chancen in der Gesellschaft sind ungleich verteilt. Privilegien, die aus einer ungleichen Verteilung zum Beispiel im Bildungsbereich bestehen und über Lebenschancen entscheiden, sind unübersehbar.

Auf diese soziale und wirtschaftliche Grundkonstellation reagieren Rechtsextremisten mit zwei ideologischen Grundmustern. Die gängige Reaktion erfolgt nach dem Sündenbock-Prinzip: Deprivilegierung wird durch die Abwertung von sozialen Gruppen, in der Regel Einwanderer oder Bürger mit Migrationshintergrund, kompensiert. Nach diesem Muster verfahren rechtsextremistische Parteien. Der Slogan der NPD „Sozial geht nur national“ ist nur ein Beispiel.

Im intellektuellen, philosophisch überhöhten Rechtsextremismus ist ein zweites Reaktionsmuster zu verorten: Verachtung von Demokratie und ihren Repräsentanten gepaart mit einem betonten Elitismus. Mit dieser Denkrichtung verbindet sich ein ideologisches Rechtfertigungsangebot für eine sozial privilegierte Schicht, die sich im Sinne einer Besten-Auslese zur Führung berufen fühlt. Die „demokratische Gleichmacherei“, also das Gleichheitsprinzip von Artikel 3 des Grundgesetzes, aber verhindere die Herausbildung einer natürlichen Elite.

Entscheidend für die Wirkmächtigkeit solcher ideologischen Ansätze und Reaktionsmuster sind die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Was hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten auf dieser Ebene verändert?

Soziologen sprechen davon, dass sich die Gesell-

schaft ausdifferenziert, dass sie fragmentiert. Flexibilität lautet die ökonomische Forderung der Zeit, Arbeitsverhältnisse werden prekär, das Leben immer weniger planbar. Sicherheiten gehen verloren, die Orientierung wird immer schwieriger. Großorganisationen wie Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Vereine verlieren Akzeptanz und als Folge schrumpft die Zahl ihrer Mitglieder. Immer mehr Fernseh- und Rundfunksender und das Internet bieten eine Informationsfülle, die der Einzelne kaum noch bewältigen kann. Für jedes Interesse, für jede Obsession bietet sich eine Nische. Auf politischer Ebene verlagern sich Entscheidungen auf immer höhere Ebenen, den nationalen Regierungen scheint eine Steuerung der Politik in bestimmten Bereichen kaum noch möglich. Infolge dessen geht, wie Umfragen ausweisen, das Vertrauen in die Politik und allgemein in die Demokratie verloren.

Solche Bedingungen begünstigen den Rechtsextremismus, der einfache Antworten auf komplexe Probleme parat hält. Die Rolle des Kümmerers, die die NPD zu spielen versucht, ist ein Reflex auf die sozialen Probleme insbesondere im Osten der Republik. Slogans wie „Sozial geht nur national“ oder „Arbeitsplätze für Deutsche“ offenbaren die nationalistische und fremdenfeindliche Ausrichtung der Partei. Abgeleitet sind diese tagespolitischen Forderungen aus dem im Parteiprogramm festgeschriebenen Ziel, der Schaffung einer Volksgemeinschaft. Voraussetzung hierfür ist die ethnische Homogenisierung der Gesellschaft.

Betrachtet man den Rechtsextremismus in seiner Gesamtheit unter ideologischen Aspekten, so formiert er sich als rassistische und nationalistische Gegenbewegung zur Globalisierung. Die sogenannte Volkstod-Kampagne, mit der sich Rechtsextremisten gegen eine Vermischung der Völker

wenden, ist die rassistisch begründete Ablehnung von Einwanderung und Integration.

Das bewusste Schüren von Ressentiments gegen Muslime ist europaweit das in diesem Zusammenhang präferierte Kampagnenthema. Seit etwa zehn Jahre registrieren die Verfassungsschutzbehörden eine starke Ausweitung islamfeindlicher Propaganda. Die Agitation richtet sich gegen die angebliche Inbesitznahme europäischen Bodens durch „kulturfremde Einwanderer“ aus muslimischen Ländern. Beispielhaft sei Filip Dewinter, Abgeordneter des Vlaams Blok/Vlaams Belang im Flämischen Parlament, zitiert:

„Der Islam ist der historische Erbfeind Europas. Gegenwärtig befindet sich Europa in der dritten Periode islamischer Invasionen. ...

Dieses Mal bedient sich der Islam anderer Mittel, um Europa zu unterwerfen. Viel wirksamer als die Terrordrohung erweist sich die demografische Entwicklung. Seit mehr als vierzig Jahren bevölkern nun Millionen Muslime auf friedliche Weise Europas. Über Massenzuwanderung, Familiennachzug, Bekehrung und Propaganda breitet der Islam sich immer weiter aus.“<sup>1</sup>

Europa muss aus Sicht der Rechtsextremisten zu seiner Identität zurückfinden. Der Begriff der Identität wird völkisch und antiindividualistisch interpretiert. Guillaume Faye, ein Vertreter der französischen Nouvelle Droite, erläutert:

„Die völkische und die kulturelle Identität bilden eine Einheit: Die Aufrechterhaltung des Kulturerbes und dessen Entwicklung setzen eine nahe völkische Verwandtschaft innerhalb eines jeden Volkes voraus. ...

<sup>1</sup> Filip Dewinter: Inch'Allah. Die Islamisierung Europas. Graz 2010, S. 228.

(D)ie allererste Grundlage der Identität ist biologischer Natur, ohne sie haben die übrigen zwei – die kulturelle und die zivilisatorische – keinen Bestand. Anders ausgedrückt: die Identität eines Volkes, seines Gedächtnisses und seiner Lebensentwürfe beruht vor allem auf konkreten Erbanlagen.“<sup>2</sup>

Verlassen wir die „Höhen rechtsextremistischer Philosophie“, so zeigt sich, dass die Agitation neonazistischer Zusammenschlüsse von den gleichen völkischen Überzeugungen geprägt ist. Der Neonazi Dieter RIEFLING verlieh ihnen während des sogenannten Tages der deutschen Zukunft in Wolfsburg ungeschminkt Ausdruck:

„Der ‚Tag der deutschen Zukunft‘ ist so lange notwendig, solange wir dieses Überfremdungsproblem in unserer geliebten Heimat haben. Und solange nicht die schätzungsweise 18 Millionen art- und kulturfremden Menschen hier ausgeschafft worden sind – in welcher Form auch immer – wird es wahrscheinlich die Problematik geben und somit die Berechtigung des ‚Tages der deutschen Zukunft‘.“

Für die NPD hat die islamfeindliche Agitation die Funktion eines „Türöffners“ für ihre „weitergehenden ausländerpolitischen Forderungen“, hinter denen sich nichts anderes als Fremdenfeindlichkeit und völkischer Kollektivismus verbirgt.

Die besondere Bedeutung und Gefahr der islamfeindlichen Agitation resultiert aus der Möglichkeit, an die bis weit in die Mitte der Gesellschaft verbreiteten Ressentiments gegenüber Muslimen anzuknüpfen. Islamfeindlichkeit bildet die

<sup>2</sup> Guillaume Faye: Wofür wir kämpfen. Manifest des europäischen Widerstandes. Das metapolitische Handbuch der kulturellen Revolution zur Neugeburt Europas. Ohne Ort, S. 164.

ideologische Brücke zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Wohin dies führen kann, zeigt der Fall des norwegischen Rechtsterroristen Anders Breivik, der in der Überzeugung mordete, im Auftrag des norwegischen Volkes zu handeln und der seine Rechtfertigungsschrift aus einschlägigen rechtsextremistischen Verlautbarungen kompilierte.

Ich hoffe, meine Ausführungen haben verdeutlicht, dass die ideologische Entwicklung des Rechtsextremismus nicht vernachlässigt werden darf, zum einen, weil terroristischen Taten in der Regel eine Radikalisierung im Denken vorausgeht, zum anderen, weil eine erfolgversprechende Präventionsarbeit bei den inhaltlichen Botschaften von Rechtsextremisten ansetzen muss. Das Themenfeld Einwanderung und Integration wird die europäische Politik der nächsten Jahre bestimmen. Bei der Gestaltung wird es zwangsläufig zu Konflikten mit rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Positionen kommen. Für den Europawahlkampf des Jahres 2014 zeichnet sich diese Entwicklung bereits ab. Wir tun also gut daran, uns intensiv mit den integrationsfeindlichen, gleichwohl aber anschlussfähigen Forderungen rechtsextremistischer Parteien und Organisationen auseinanderzusetzen. Eine personifizierte Betrachtung des Rechtsextremismus wäre zu wenig.

## „Rechtsextremismus online – Jugendliche im Visier der Szene“

Christiane Schneider,  
stellvertretende Leiterin des Bereichs Rechtsextremismus  
bei jugendschutz.net, der länderübergreifenden Stelle  
für Jugendschutz im Internet



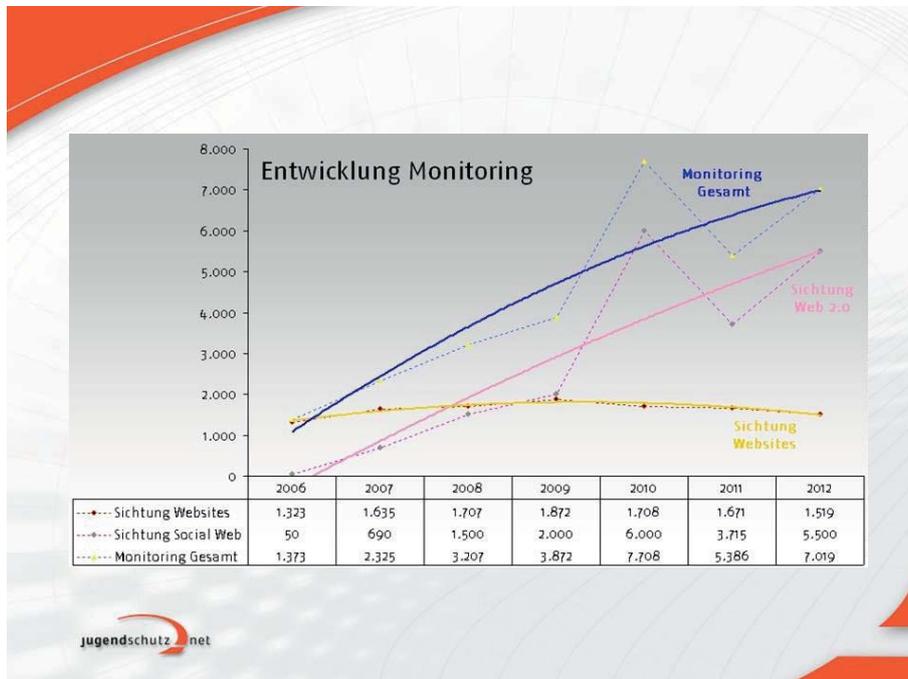
*Es gilt das gesprochene Wort!*



Aschersleben, 20.11.2013

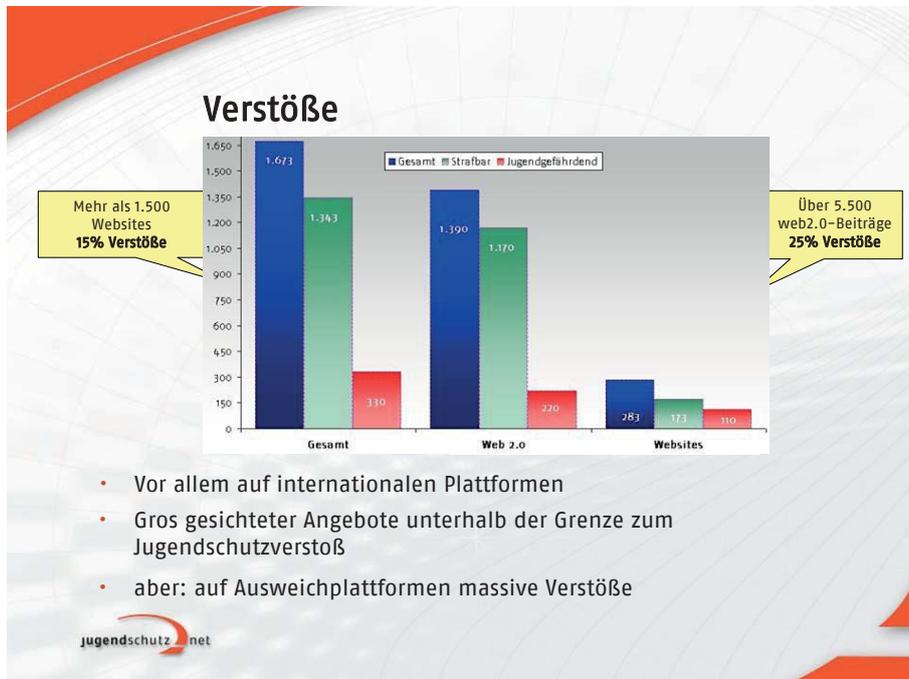
jugendschutz.net  
Mehr Rücksicht auf Kinder und Jugendliche im Internet

- 1997 gegründet
- Zeitgemäßer Jugendschutz im Internet
- Ziel: schnelle Beseitigung von Verstößen und grundlegende Verbesserung des Jugendschutzes
- Bereich Rechtsextremismus seit 2000



## Rechtsextremismus im Internet – Trends

- Internet zentrale Propagandaplattform
- Verlagerung der Ansprache ins Social Web
  - Bei Kindern und Jugendlichen besonders beliebt
  - Prinzip „Virales Marketing“
- moderne Präsentation und jugendgemäße Angebote
  - „harmlose“ Verpackung
  - Musik/Videos, Lifestyle, Events
  - aktuelle Themen & „Aufreger“ zur Stimmungsmache



## Rechtsextremismus im Netz Was tun?

## Propagandaplattformen entziehen

- auf Basis gesetzlicher Bestimmungen und AGB
- effektivste Strategie: Provider kontaktieren
- internationale Kooperation



## Größere soziale Verantwortung gefragt

- Betreiber müssen nachhaltiger reagieren
  - Upload gleicher und ähnlicher Inhalte verhindern
- Betreiber sollten selbst tätig werden
  - eigenständige Sichtung neuralgischer Bereiche
- Community muss Flagge zeigen
  - Stärkung von Usern, Initiativen unterstützen

## Medienpädagogische Prävention

- Workshops und Projekte mit Jugendlichen und Erwachsenen
- Sensibilisierung für das Problem, Stärkung für die Auseinandersetzung, Peer-Ansätze
- Nachhaken und Nachschlagen:  
Kritische Medienkompetenz



Kontakt:  
Christiane Schneider  
jugendschutz.net  
Wallstraße 11, 55122 Mainz  
cs@jugendschutz.net



Mehr Rücksicht auf Kinder und Jugendliche im Internet!











## Impressum

Herausgeber:                   Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt  
Halberstädter Str. 2/am „Platz des 17. Juni“  
39112 Magdeburg

Redaktion:                     Referat 44  
– Parteiverbote, Extremismusprävention, Wirtschaftsschutz –  
Zuckerbusch 15  
39114 Magdeburg  
[www.mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz](http://www.mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz)

Gesamtgestaltung/Druck:   Fachhochschule Polizei des Landes Sachsen-Anhalt  
Wissenschaftlicher Dienst

Nachdruck bzw. Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung des Herausgebers.

